

Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt Euch!

ROTER MORGEN

Zentralorgan der KPD/Marxisten-Leninisten

Nr. 45 vom 9. September 1979

13. Jahrgang

1 DM

Proteste gegen NS-Prozeßführung

Skandal: Freisprüche im Bielefelder NS-Prozeß

Endlösungs-Funktionär Heinrichsohn
immer noch Bürgermeister

BIELEFELD/KÖLN. — Rund 1000 Menschen protestierten in Bielefeld gegen den Freispruch zweier Nazi-Mörder durch das Bielefelder Schwurgericht. Der ehemalige „Gebietskommissar“ in der von den deutschen Faschisten besetzten Ukraine, Wilhelm Westerheide, und seine Sekretärin Johanne Zelle waren des Mordes an mindestens 9000-Juden angeklagt. — Proteste gab es auch gegen das Kölner Lischka-Verfahren, wo die Angeklagten immer noch auf freiem Fuß sind. Der Angeklagte Heinrichsohn ist immer noch CSU-Bürgermeister in Bürgstadt



„Das weiß ich nicht mehr. Das ist zu lange her.“ Johanne Zelle in der Pose der unschuldigen alten Frau.

In dem Prozeß gegen Westerheide und Zelle hatten über 80 Zeugen ausgesagt. Sie bestätigten die Verantwortung Westerheides für die Vernichtung der Bevölkerung des Ghettos von Wladimir-Wolynsk: „Kein einziger ist erschossen worden, ohne daß der Gebietskommissar es wußte.“ Einzelne Zeugen beschuldigten Westerheide, auch eigenhändig gemordet zu haben. Besonders belastet wurde Johanne Zelle: Sie hatte Kinder ermordet, indem sie sie vom Balkon eines Kinderkrankenhauses auf die Straße geschmettert oder mit dem Kopf

gegen eine Wand geschlagen hatte.

Angesichts der barbarischen Taten der Angeklagten ist der Freispruch besonders skandalös. Zur Begründung führte das Gericht aus, daß für die Verbrechen „keinerlei Sachbeweise in Form von Dokumenten oder ähnlichen Unterlagen“ bekannt geworden seien. Die Aussagen der mehr als 80 Zeugen (viele von ihnen waren oft selbst knapp dem Tode entronnen oder hatten durch Westerheide und Zelle ihre Angehörigen verloren) schlug das Gericht in den Wind. Die Zeugen — so das Gericht — seien nach dreieinhalb Jahrzehnten in ihrer Aussagefähigkeit und Fähigkeit beeinträchtigt und Verwechslungen daher nicht auszuschließen. — Wenn diese „Urteilsbegründung“ Schule macht, wird in der Bundesrepublik kein NS-Mörder seiner meist ohnehin schon viel zu milden Strafe zugeführt.

Auch wegen dem Kölner Verfahren gegen die Drahtzieher der Vernichtung der französischen Juden — Lischka, Hagen und Heinrichsohn — kam es zu Protesten. So wies der Vorsitzende der Jüdischen Gemeinde West-

berlin, Galinski, darauf hin, daß der ehemalige SS-Schergen Heinrichsohn immer noch Bürgermeister in der unterfränkischen Gemeinde Bürgstadt ist. In der letzten Woche wurden vor Gericht weitere Dokumente bekannt, die auch Hagen und Heinrichsohn ihre bewußte Beteiligung an der Judenvernichtung beweisen. Davon gänzlich unberührt, verlegten sich die Angeklagten in der letzten Woche weiter aufs Lügen; sie beriefen sich auf angebliche „Erinnerungsschwächen“ und „Gedächtnislücken“ und boten wieder das Bild kaltblütiger und hartgesottener NS-Verbrecher.

- Lischka, Hagen und Heinrichsohn müssen in U-Haft verbracht werden!
- Der Freispruch Westerheides und Zelles darf nicht hingenommen werden!
- Sofortige und harte Bestrafung aller Nazi-Mörder und Kriegsverbrecher!

Polizei ermordet Arbeiter

SAO PAULO. — In der Millionenstadt Sao Paulo, dem Industriezentrum Brasiliens, haben in der letzten Woche 150 000 Metallarbeiter die Arbeit niedergelegt. Ihre Forderungen waren: ein halbjährlicher Teuerungsausgleich für die rasende Inflation, eine Anhebung der gesetzlichen

Der Herbst 1979 in Brasilien ist gekennzeichnet von einer wahren Streikwelle. Lehrer in Rio de Janeiro und Brasilia, Bankangestellte in Sao Paulo, Stahlarbeiter und Bergarbeiter in Belo Horizonte und eben jetzt die Metallarbeiter von Sao Paulo haben in den letzten Wochen trotz Verbots gestreikt. Nachdem im März 1978 bereits eine große Streikbewegung stattfand, ist durch diesen Herbst das Jahr 1979 zum streikreichsten Jahr seit dem Militärputsch von 1964 geworden.

Selbst die Landarbeiter im Norden des Landes, die seit fünfzehn Jahren von der faschistischen Armee und von bezahlten Killern der Großgrundbesitzer terrorisiert werden, sind in



Für die Erhaltung der Arbeitsplätze kämpfen die Belegschaften der verschiedenen AEG-Werke und Unternehmungen. Nach der Ankündigung von weiteren 13 000 Entlassungen, vor allem im Telefunken-Bereich, demonstrierten in Hannover mehrere tausend Arbeiter und Angestellte. Sie trugen Transparente mit sich wie „AEG macht Pleite, doch wir sollen bezahlen“ und „Erhalt der Arbeitsplätze bei AEG/Telefunken in Hannover“. Denn allein in Hannover sollen 1 500 Menschen entlassen werden. Auch in Essen, wo Entlassungen bei AEG Kanis geplant sind, gab es am vergangenen Wochenende Aktionen. Die DGB-Jugend hatte dazu aufgerufen, in der Innenstadt zu demonstrieren.

AEG in der Krise

Cipas Sanierungsplan muß weg!

Der Kampf der Belegschaft muß organisiert werden

FRANKFURT/HANNOVER. — In der letzten Woche gab es in verschiedenen Städten Aktionen der AEG-Belegschaft gegen den Sanierungsplan, den Topmanager Walter Cipa in Frankfurt ausgeheckt hat. Dabei sollen im nächsten Jahr 13 000 Kollegen entlassen werden. Schon ab Dezember ist Kurzarbeit für fast 10 000 Kollegen angemeldet, davon allein für 7 000 in Niedersachsen.

Von den Rationalisierungsplänen am meisten betroffen sind solche Bereiche wie Unterhaltungselektronik, und vor allem auch die Haushaltsgeräteproduktion, bislang noch einer der stärksten Bereiche der AEG, sowie die gesamte Verwaltung, wo 25 Prozent der Arbeitsplätze gestrichen werden sollen.

Von den verschiedenen Sanierungshilfen, die jetzt in die Öffentlichkeit gebracht werden, ist vor allem diejenige wahrscheinlich, die eine Hilfe mit Steuergeldern vorsieht.

Die Sektion Westberlin der KPD/ML verbreitete letzte Woche ein Flugblatt, in dem die

genauen Auswirkungen der Cipa-Pläne auf die einzelnen Bereiche dargestellt werden. Dort wird auch die Forderung erhoben: „Cipas Konzept muß weg!“ und „Sanierung mit Steuergeldern nur bei Erhalt unserer Arbeitsplätze!“

Verschiedenste Aktivitäten der Belegschaften der einzelnen Werke in diesem Jahr haben bereits gezeigt, daß die Kollegen bereit sind, für ihre Arbeitsplätze zu kämpfen. Diese Aktionen sind gleichzeitig auch eine deutliche Aufforderung an die IG Metall, einen breiten und einheitlichen Kampf der AEG-Kollegen zu organisieren.



NORTH CAROLINA, USA. — 4 Demonstranten ermordet! Bei einem Demonstrationszug gegen den rassistischen Ku Klux Klan am Samstag, den 3. November, eröffneten Ku Klux Klan-Killer aus zwei Wagen das Feuer auf die Demonstranten. Vier Teilnehmer der Demonstration starben an den Schüssen aus großkalibrigen Schnellfeuerwaffen. Die terroristischen und verbrecherischen Aktivitäten des Geheimbundes weißer Rassisten und Faschisten sind seit langem Grund der Empörung für die demokratische Öffentlichkeit der USA. Ihre Forderung ist Verbot des Clans und harte Bestrafung seiner Mitglieder. Diese Forderungen werden auch von der KP USA/ML unterstützt.

Siemens und der Verfassungsschutz Zusammenarbeit „selbstverständlich“

DORTMUND. — Wie auf der Vertrauensleutekonferenz der IG Metall in der Dortmunder Westfalenhalle zu erfahren war, hat die Münchener Zentrale der Siemens AG „auf Grund von Juli einen Rundbrief an alle Betriebsleitungen verschickt, wie zu reagieren sei, falls die Siemens AG „auf Grund von Presseberichten“ der Zusammenarbeit mit dem Verfassungsschutz verdächtigt werden sollte.“

Während die meisten Unternehmen den Bespitzelungsvorwürfen mit vornehmem Schweigen begegnet sind, haben die Siemens-Bosse in ihrem Rundschreiben die Flucht nach vorne

angetreten. So heißt es unter Punkt zwei: „Für die Siemens AG ist es selbstverständlich, staatlichen Behörden, also auch dem Verfassungsschutz, die zur Erfüllung ihrer Aufgaben notwendigen Auskünfte zu geben, und zwar ohne Ansehen der Person.“ Und unter Punkt drei fügen sie hinzu, daß dies „der Sicherheit der Bundesrepublik Deutschland und dem Schutz der Demokratie“ diene.

Was hier als Schutz der Demokratie bezeichnet wird, ist die offene Sanktionierung polizeistaatlicher Methoden, durch die die letzten noch bestehenden demokratischen Rechte außer Kraft gesetzt werden.

Streikwelle in Brasilien

Die Diktatur der Generale wankt

Mindestlöhne und bessere Arbeitsbedingungen. Die Regierung drohte den Streikenden ganz offen mit Brachialgewalt und ließ die Polizei das Feuer auf Streikposten eröffnen, von denen einer getötet wurde.



„Sofortige Agrarreform — oder wir besetzen das Land!“ Unter dieser Losung demonstrierten 1964 Hunderttausende von Menschen im Nordosten Brasiliens. Der Militärputsch sollte diese Entwicklung verhindern. Heute stehen diese Losungen wieder auf der Tagesordnung.

Kommentar

Auf ihrem Offenbacher Kongreß am Wochenende beschlossen die „Grünen“ die Gründung einer bundesweiten Partei. Am 13. Januar soll es soweit sein — rechtzeitig zu den Bundestagswahlen im Herbst. Über die politische Einordnung der neuen Partei verbreitete sich Herbert Gruhl, Ex-CDU-Mann und heute Sprecher der „Grünen“ mit der folgenden nebelhaften Erklärung: „Die

„Grüne“ Partei — keine Alternative

Grünen stehen nicht links und nicht rechts, sondern weit vorn.“

Solche schwammigen Formulierungen sollen den wirklichen Standort der neuen Partei verdecken und ihr den Anschein verleihen, sie sei eine völlig neue und wirklich alternative Kraft, die außerhalb des Rahmens bürgerlicher Parteipolitik stünde. Aber was sich da in Offenbach formierte, ist weder neu, noch gar eine tatsächliche Alternative zum Bonner Staat und seinen Parteien. Um das zu erkennen, genügt schon ein Blick auf die Programmpunkte, mit denen die „Grünen“ schon seit geraumer Zeit für ihre Politik werben.

Bereits in ihrer ersten Erklärung, dem „Grünen Manifest“, wurde eine „materialistische Verschwendungswirtschaft“ zum Kern des gesellschaftlichen Übels erklärt. Und auch jetzt in Offenbach setzten die Führer der „Grünen“ den Kampf gegen das Wirtschaftswachstum ganz oben an. Aber liegen etwa dort die Wurzeln der Probleme, die auch in unserem Land Millionen Werktätigen auf den Nägeln brennen? Ist das „Wirtschaftswachstum“ die Ursache für Arbeitslosigkeit, für Rationalisierungsterror, für Lohnabbau und Teuerung? Die Wurzeln dieser Krisenerscheinungen sind allein im kapitalistischen Gesellschaftssystem zu suchen. Und immer brutaler betreiben die Unternehmer die Abwälzung der Krisenlasten auf die Werktätigen, um ihre Profite zu sichern und weiter zu erhöhen.

Aber all diese Tatsachen der gesellschaftlichen Wirklichkeit in unserem Land existieren für die „Grünen“ nicht. Und wen sollte es da noch wundern, daß diese Leute auch den gemeinsamen aktiven Kampf der Werktätigen gegen die Folgen der Krise ablehnen? Nehmen wir nur ein Beispiel, den Kampf für Arbeitszeitverkürzung. Herr Gruhl sieht dieses Problem so: „Der entscheidende Grund, warum es in den Industrieländern weder zu nennenswerter Arbeitslosigkeit noch zu bedeutender zusätzlicher Freizeit gekommen ist, liegt in der grenzenlosen Begehrlichkeit des

Menschen, der von Freizeit redet, aber immer mehr Güter will.“

Einmal abgesehen davon, daß Gruhl eine „nennenswerte Arbeitslosigkeit“ schlichtweg leugnet — das allein spricht ja schon Bände über seine reaktionäre Gesinnung —: In grenzenloser Unverschämtheit macht er die „Begehrlichkeit“ der Werktätigen dafür verantwortlich, daß in der Arbeitszeitverkür-

zung noch kein Durchbruch erreicht wurde. Und was läge da für diesen Herrn und seine Gesinnungsfreunde näher, als den arbeitenden Menschen in unserem Land statt Klassenkampf Bescheidenheit zu empfehlen? Genauso steht es auch in dem erwähnten „Grünen Manifest“: „Auch das Opfer kann den Wert unseres Daseins erhöhen.“

Ein neues Programm? Eine neue politische Kraft? Was Gruhl und seine „Grünen“ als Alternative ausgeben, ist doch nichts als eine Neuauflage der Maßhaltappelle, mit denen die Reaktion in diesem Land — und vor allem Gruhls frühere Parteifreunde von Erhard bis Strauß — seit eh und je hausieren gehen. Das ist eine grün eingefärbte Schützenhilfe für den Kanzlerkandidaten aus München und sein Programm der „neuen Sozialpolitik“.

Nun war aber der Offenbacher Kongreß nicht nur eine Veranstaltung des ehemaligen CDU-Funktionärs Gruhl und seiner engsten Gesinnungsfreunde. Die Partei, die im Januar aus der Taufe gehoben werden soll, ist gedacht als politische Heimat des ganzen Dunstkreises von bunten oder „alternativen“ Gruppen und Grüppchen, von denen sich ja der größte Teil als links versteht. Und obwohl der Kongreß nicht den geringsten Zweifel daran gelassen hat, daß eine solche grün-bunt-„alternative“ Vereinigung nur auf dem reaktionären Gruhlschen Programm möglich ist, haben sich in Offenbach schon „linke“ Sprecher für eine solche Einheit gefunden. Allen voran Rudi Dutschke und der erst frisch zugewanderte angebliche Marxist Bahro, der sich nicht entblödete zu erklären: „Grün und Rot und Samen und Grün gehen gut zusammen.“

Aber da geht nichts zusammen. Was sich im Januar als „Grüne“ Partei bilden will, hat mit den Zielen und dem Kampf der Arbeiterbewegung nicht das geringste zu tun. Im Gegenteil, es ist ihr entgegengesetzt, ein — von den bürgerlichen Propagandamedien wirksam ins Bild gesetzte — Hilfstrupp der Reaktion.

Lügenpropaganda wird entlarvt

Nur in der Statistik gibt es genügend Lehrstellen

Berufsbildungsabgabe soll vermieden werden

NÜRNBERG/FRANKFURT.— Als die Bundesanstalt für Arbeit am 19. Oktober ihren offiziellen Bericht über den „Ausbildungsstellenmarkt“ an die Öffentlichkeit gab, herrschte eitel Sonnenschein bei allen Verantwortlichen. Es gab angeblich noch 20 200 Jugendliche, die eine Lehrstelle suchten, aber 37 415 freie Lehrstellen. Alles in Butter?

Nur zwei Wochen später jedoch enthüllt die *Frankfurter Rundschau*, daß es noch einen internen Geheimbericht der Bundesanstalt gibt, der die wirkliche Lage darstellt. Und die sieht ganz anders aus. Mit dem Aufdruck versehen „Bitte nur für interne Zwecke verwenden“ wurde eine Statistik der Bundesanstalt für Arbeit erstellt über die „Bewerber für Berufsausbildungsstellen nach Art der Erledigung des Beratungsfalles“. Hier die geheime Statistik (mit gerundeten Zahlen):

Bei den Arbeitsämtern angemeldet waren	477 000 Personen
In ihren Wunschberuf vermittelt wurden	135 000 Personen
In sonstige Lehrberufe vermittelt	116 000 Personen
Als Hilfsarbeiter müssen arbeiten	13 800 Personen
Unbekannt verblieben	63 500 Personen
Auf sonstige Art erledigt wurden	42 200 Personen
Durch Umzug erledigt wurden	1 000 Personen
An Schulen verwiesen wurden	49 000 Personen
Nicht vermittelt und erledigt wurden	20 200 Personen

So kann man Statistiken fälschen! Nichts von dem, was der Öffentlichkeit mitgeteilt wurde, stimmt!

Aus 120 000 Jugendlichen, die nach dem ersten gescheiterten Vermittlungsversuch nicht mehr zum Arbeitsamt gingen, oder die Hilfsarbeiter werden mußten, oder die einfach als Akte abgelegt wurden, werden einfach vermittelte Lehrstellen gemacht, damit ist der Fall erledigt.

Von den lauthals angekündigten 37 415 freien Stellen sind rund die Hälfte Handwerksberufe mit schlechter beruflicher Zukunft. Zudem sind die Mehrzahl der Stellen in Bayern und Baden-Württemberg ausgeschrieben, während mehr als 25 Prozent der — offiziell — noch nicht Vermittelten in Nordrhein-Westfalen wohnen.

Noch schlimmer wird die Lage, wenn man sich das Ergebnis für die Mädchen anschaut. Wurden insgesamt rund 57 Prozent der Bewerber an Lehrstellen vermittelt, so sind es bei den Jungen 63 Prozent,

bei den Mädchen lediglich 51 Prozent! Rund 25 000 Mädchen wurden mit einem „Hinweis auf berufsbildende Schule“ abgespielt, von den über 13 000 Jugendlichen, die statt der gewünschten Lehrstelle einen Hilfsarbeiterjob bekamen, sind mehr als 10 000 Mädchen.

Während also offiziell alles in Butter ist, während in Fernsehen und Presse „Aufatmen“ befohlen wird, wird die Lage in Wirklichkeit immer schlimmer. Jedes zweite Mädchen, jeder dritte Junge bleiben ohne die

Stellen tätigen alles nötige. Nichts davon ist wahr.

Sinn und Zweck ist es aber auch, die Berufsbildungsabgabe zu vermeiden. Als dieses Gesetz, das Zahlungen durch die Unternehmer vorschreibt, wenn nicht mehr Lehrstellen angeboten werden als Bewerber da sind, vor einigen Jahren verabschiedet wurde, dachte mancher: „Na, also! Der Staat tut doch was für die Jugend.“ Seit der Verabschiedung des Gesetzes aber wurde diese Abgabe, die nach den wahren Zahlen in diesem Jahr rund 900 Millionen Mark hätte betragen müssen, noch nie bezahlt. Eine reine Augenwischerei, sonst nichts.

Die gefälschte Statistik zeigt erneut in aller Deutlichkeit, daß sich die Jugendlichen nicht auf die „Bemühungen“ von Bundesanstalt und Regierung verlassen können. Nur durch ihren selbständigen und organisierten Kampf können sie ihre Lage verbessern. Unsere Partei un-

gewünschte und benötigte Lehrstelle. Nur jedes fünfte Mädchen konnte ihren Wunschberuf erlernen!



Demonstration für mehr Lehrstellen in Mainz November 1978

Der Sinn und Zweck dieser schamlosen Fälschung ist natürlich der, für Ruhe zu sorgen, dafür zu sorgen, daß kein echter Widerstand entsteht, den Eindruck zu erzeugen, das Problem der Jugendarbeitslosigkeit erledige sich von selbst, beziehungsweise, die zuständigen

terstützt einen solchen Kampf unter den Forderungen:

- Eine qualifizierte Ausbildung für jeden! Keine Benachteiligung von Mädchen und ausländischen Jugendlichen!
- Übernahme aller Lehrlinge in den erlernten Beruf!

Endspurt bei der Kostendämpfung

Jetzt sollen auch die Medikamente bezahlt werden

300 Arzneien zum freien Verkauf vorgeschlagen

BONN.— Der Bundesausschuß Ärzte und Krankenkassen hat jetzt eine Empfehlung an den Arbeitsminister verabschiedet, die eine Liste von 300 Medikamenten umfaßt, die in Zukunft von Patienten voll selbst bezahlt werden sollen. Den Auftrag, diese Liste zu erstellen, hatte der Bundesausschuß 1977 von der Regierung erhalten, bei der Verabschiedung des berechtigten Krankenkassenkostendämpfungsgesetzes.

Nachdem durch dieses Gesetz bereits zahlreiche Krankenhäuser geschlossen wurden, die ärztliche Versorgung schlechter wurde, die Selbstbeteiligung der Patienten an Rezeptgebühren mehrmals erhöht wurde, soll jetzt, als letzter Punkt, auch noch diese Liste von Medikamenten, die die Kassen nicht mehr bezahlen, verabschiedet werden.

Das Kriterium für die Aufnahme in diese Liste ist dabei dermaßen mutwillig, daß hier in Zukunft eine gewaltige Teuerung auf die werktätigen Menschen zukommen kann. Die Liste soll solche Präparate umfassen, für die in der Öffentlich-

keit Werbung betrieben wird.

Ob oder ob nicht „Publikumswerbung“ für ein Erzeugnis gemacht wird, entscheidet aber allein der Hersteller. Und die wichtigsten Hersteller von Medikamenten sind die großen westdeutschen Chemiemonopole, die in den letzten zwanzig Jahren die Preise ihrer Produkte in astronomische Höhen getrieben haben und so Hauptschuldige an der ständigen Teuerung im Gesundheitswesen wurden. Wenn sie für bestimmte Produkte weitere Preiserhöhungen den Kassen gegenüber nicht durchsetzen können, die ja auch ihre Beiträge nicht ständig erhöhen können, werden sie bestimmt nicht zögern,

dieses Mittel in die „Publikumswerbung“ zu bringen. Dem einzelnen Patienten gegenüber werden sie ihren Preis noch besser diktieren können.

Minister Ehrenberg „versprach“, daß die Liste noch vor den Bundestagswahlen verabschiedet und Gültigkeit bekommen werde. Mit der Verabschiedung dieser Liste aber ist der Willkür im Gesundheitswesen endgültig Tür und Tor geöffnet. So werden auf dem Rücken der Kranken in diesem Land noch mehr Milliarden verdient werden können. Das ist der ganze Sinn und Zweck des Kostendämpfungsgesetzes, das für die Patienten von Beginn an ein Kostenerhöhungsgesetz war.

Die Zahl der Neo-Nazis wächst

STUTTGART.— Wie die Staatsschutzabteilung des Landeskriminalamts Stuttgart mitteilt, muß aufgrund ausführlicher Untersuchungen davon ausgegangen werden, daß allein in Baden-Württemberg mindestens 100 Personen aktive Kader in der verbotenen NSDAP sind. Allein in der Region Stuttgart sind in den letzten Wochen fünf Personen wegen rechtsextremistischer Delikte festgenommen worden. Dabei sind eine nicht näher bezeichnete Anzahl von Waffen gefunden worden. Das Landeskriminalamt spricht insgesamt von einer zunehmenden Aktivität von Rechtsextremisten.

Verurteilter Nazi-Verbrecher untergetaucht

WESTBERLIN.— Der Neonazi Ekkehard Weil ist von einem Haftausgang nicht mehr zurückgekehrt, der ihm von der Haftanstalt Tegel vom 18. bis 19. Oktober gewährt wurde. Weil hätte wegen einschlägiger Delikte bis zum 7. November 1980 einsitzen müssen. 1970 hatte er auf Wachsoldaten am sowjetischen Ehrenmal geschossen; im August hatte er einen Brandanschlag auf ein SEW-Büro verübt. 1970 wurde er von den britischen Militärbehörden zu sechs Jahren Freiheitsentzug verurteilt, zwei Jahre wurden ihm auf dem Gnadenweg erlassen. Meldungen über eine ausgelöste Großfahndung liegen nicht vor.

Strauß macht Front gegen das ZDF

MÜNCHEN.— Kanzlerkandidat Franz Josef Strauß hat sich bei ZDF-Intendant Karl-Günther von Hase wegen der Berichterstattung über den Besuch des chinesischen Partei- und Regierungschefs Hua Guofeng beschwert.

Strauß hatte den Eindruck, das ZDF habe ihm unterstellt, Hua in die Front der Gegner des amtierenden SPD-Kanzlers Schmidt einreihen zu wollen. Das sei eine empörende Meinungsmanipulation. Vor der Presse verteidigte Strauß seinen rüden Ton ausdrücklich und ließ anklingen, daß von Hase seiner Meinung nach seinen Intendantenaufgaben kaum gewachsen sei.

Gleichzeitig traten seine Paladine im ZDF-Fernsehrat, Finanzminister Max Streibl (CSU), der stellvertretende CSU-Chef Zimmermann und der Bürgermeister von Kissingen (CSU) in Aktion. Sie warfen von Hase in einem Schreiben „Informationschwund und vorsätzliche Meinungsmanipulation“ vor. von Hase soll sich von dem entsprechenden Beitrag distanzieren und mitteilen, welche Konsequenzen er „nach dem Skandal mit dem kommunistischen Bänkelsänger Wolf Biermann und diesem erneuten Skandal zu ziehen“ gedenke.

Strauß und seine Mannschaft nutzen jede Gelegenheit aus, um Journalisten und Fernsehleute, die nicht haargenau nach seiner Pfeife tanzen, Schwierigkeiten zu machen und möglichst aus dem Amt zu jagen. Sie streben eine völlig gleichgeschaltete Medienlandschaft an.

Aus dem Inhalt

11. Gewerkschaftstag der IG Bau-Steine-Erden	4	Der israelische Geheimdienst ist in deutschen Gefängnissen und Lagern aktiv	7
IGM-Vorstand: Kampagne für das Verbot der Aussperrung nicht wünschenswert	5	Albanien-Reportage: Dörfer der Jugend	9
Wallraffs neues BILD-Buch enthüllt Verbrecherpraktiken	6	Südkorea: zur Ermordung von Park Chung Hee	10

Herausgeber: ZK der KPD/ML

Verlag Roter Morgen GmbH, 46 Dortmund 30, Postfach 30 05 26, Bestellungen an Vertrieb, 46 Dortmund 30, Postfach 30 05 26, Postcheckkonto Nr. 79 600-461, Bankkonto: Stadtparkasse Dortmund Nr. 321 000 290 (Verlag Roter Morgen), Telefon: 0231/43 36 91 und 43 36 92. Verantwortlicher Redakteur: Detlef Schneider, Dortmund. Druck: Alpha-Druck GmbH, 46 Dortmund. Erscheinungsweise wöchentlich freitags. Einzelpreis 1 DM. Abonnement: 60 DM für 1 Jahr, 30 DM für 1/2 Jahr. Die jeweilige Abonnementgebühr wird mit Erhalt der ersten Lieferung per Nachnahme eingezogen. Das Abonnement verlängert sich jeweils um die entsprechende Laufzeit, wenn es nicht einen Monat vor Ablauf gekündigt wird. Kündigungen, die nach dieser Frist eingeht, werden nicht berücksichtigt. Ausgenommen sind Geschenkabonnements.

Die Diskussion um das Für und Wider der Gesamtschule hat große Wellen geschlagen, nachdem der Hamburger Senat die integrierte Gesamtschule in der Hansestadt zur Regelschule erklärt hat. Es gilt als sicher, daß diese Thematik auch in den kommenden Wahlkämpfen, den Landtagswahlen in NRW und insbesondere in der Bundestagswahl eine große Rolle spielen wird. Um dem Leser Gelegenheit zu geben, sich in dem Wust der verschiedenartigsten bildungspolitischen Konzepte einigermaßen zurechtzufinden, um ihm einige Fakten zum Thema Gesamtschule an die Hand zu geben und um die Haltung der KPD/ML in dieser Frage zu erläutern, wird der Rote Morgen in dieser und der nächsten Ausgabe Artikel zum Thema veröffentlichen.

Zum Thema: Gesamtschule



Arbeiterkinder schneiden an Gesamtschule besser ab

1969 empfahl der Deutsche Bildungsrat, ein Gremium von Professoren und Politikern, von Gewerkschaftsfunktionären und Kirchenmännern, Versuche mit Gesamtschulen zu starten. Die Kultusminister der Länder — auch die der CDU und CSU-regierten — griffen die Empfehlung auf und beschlossen noch im selben Jahr ein „Experimentalprogramm mit Gesamtschulen“. In der Folgezeit richteten die Landesregierungen in unterschiedlichem Maße Gesamtschulen ein, die einen in forschem Neuerer-tempo, die anderen eher gemäßigt vorsichtig, während wiederum andere es bei ein paar Pflichtübungen beließen.

Es wurden sowohl Ganz-, als auch Halbtagschulen daraus, es wurden unterschiedliche Pläne und Perspektiven entwickelt. Die Betroffenen, die Eltern, Schüler und vor allem die gewerkschaftlich organisierten Lehrer, engagierten sich in der Regel in hohem Maße, sahen sie doch in dem Projekt, das unter dem Etikett „Gesamtschule“ firmierte, mit Recht eine Chance, das alte, auf die Verteidigung und Zementierung der Bildungsprivilegien der Reichen ausgerichtete Elite-Schulsystem aufzubrechen.

Die eigentliche Idee der Gesamtschule kommt am besten in der integrierten Gesamtschule zum Ausdruck. In diesem Schultyp sind die drei herkömmlichen Schularten, die

auf die vierjährige Grundschulzeit folgen, d.h. Hauptschule, Realschule und Gymnasium aufgelöst. Ab der fünften Klasse also (in Westberlin ab der siebten) werden die Kinder, unabhängig vom Ausbildungsziel (Hauptschulabschluß, Real-schulabschluß oder Abitur) in einer Schule unterrichtet. Die wichtigsten Merkmale sind:

Drei verschiedene Gesamtschul-typen

- Die Schüler bleiben nicht sitzen. Lernschwache Kinder werden gesondert gefördert.
- Die Schüler werden in den meisten Fächern spätestens in Klasse 7 in Kursen unterrichtet.
- Die Entscheidung über die weitere Schulentwicklung fällt erst nach der neunten oder zehnten Klasse.
- Bis auf Hessen sind die integrierten Gesamtschulen Ganztagschulen.

Die kooperative Gesamtschule vereinigt Hauptschule, Realschule und Gymnasium lediglich räumlich unter einem Dach. Die fünfte und sechste Klasse bilden die sogenannten Orientierungsstufe, nach der sich dann entscheidet, welchen traditionellen Schultyp das Kind weiter besucht.

Die additive Gesamtschule: Die drei herkömmlichen Schultypen sind räumlich in einem Schulzentrum vereinigt. Sie bleiben aber selbständig.

Bringt die integrierte Gesamtschule Vorteile?

Insbesondere die integrierte Gesamtschule wurde in der Folgezeit vor allem von Vertretern der CDU/CSU und ihrem politischen Umkreis immer scharfer angegriffen. Nachdem der Deutsche Bildungsrat durch das Ministerpräsidentengespann Filbinger/Goppel aufgelöst wurde, kam eine regelrechte Verleumdungskampagne in Gang. Alfred Dregger sprach von „sozialistischer Einheitschule“, in der „zum Klassenkampf erzogen“ werde. Der ehemalige baden-württembergische Kultusminister Wilhelm Hahn sah in ihr eine „utopisch-progressive Revolutionstheorie“. Nach dem etwas milderem, aber ebenso falschen Urteil des CDU-Vorsitzenden Kohl soll den Kindern „ohne Rücksicht auf unterschiedliche Begabungen und Fähigkeiten in Einheitsschulen der gleiche Bildungstopf verabreicht werden. Der Bayernkurier machte gar ein „Verbrechen an den Schulkindern“ aus.

Wir wollen uns an dieser

Stelle nicht mit den Hintergründen dieser reaktionären Kampagne befassen. Wir wollen lediglich ein paar Fakten aufzählen, anhand derer sich jedermann ein selbständiges und eigenes Urteil über Vor- und Nachteile der integrierten Gesamtschule machen kann, denn die Reaktionäre spekulieren vor allem mit der weit verbreiteten Unkenntnis über die integrierte Gesamtschule und der großen Skepsis, die vor allem die Werktätigen der mehr oder weniger chaotischen Schulpolitik der Bildungsbürokraten zu Recht entgegenbringen.

Eltern begrüßen die Gesamtschule

Zunächst einmal läßt sich feststellen, daß die Nachfrage nach Ausbildungsplätzen an der integrierten Gesamtschule erheblich größer ist als das Angebot. Zum Schuljahr 1977/78 wurden in Nordrhein-Westfalen insgesamt 13 356 Kinder für Gesamtschulen angemeldet. 5 725, also knapp die Hälfte, mußten abgewiesen werden. An der Gesamtschule Marl konnten sogar nur 25 Prozent der angemeldeten Kinder aufgenommen werden, in Bochum 30 Prozent.

Dabei spiegeln diese für sich schon deutlichen Zahlen noch keineswegs die tatsächliche Nachfrage wider, denn erstens muß davon ausgegangen werden, daß viele Eltern, die ihr Kind gerne an eine Gesamtschule schicken wollen, in Kenntnis der unzureichenden Kapazitäten erst gar nicht zur Anmeldung schreiten; und zweitens sind hier noch gar nicht die Eltern erfaßt, die zwar auch die Gesamtschule bevorzugen würden, aber in ihrer Region keine vorfinden, denn bis auf Hessen und Westberlin bilden die Gesamtschulen im Vergleich zu den herkömmlichen Schultypen eine verschwindende Minderheit.

Es bleibt wohl das Geheimnis einer ungenannten Grundschullehrerin, die in einer Septemberausgabe der Illustrierten Quick schrieb, daß Gesamtschullehrer „nicht mehr im Sinn der meisten Eltern erziehen, sondern die Kinder einseitig und unverantwortlicherweise manipulieren.“

Wie sieht es mit der vielzitierten Chancengleichheit auf der Gesamtschule aus? Schicken wir vorweg, daß es in einer auf Klassenwidersprüchen beruhenden Gesellschaft, in dem einige wenige sich auf Kosten der Massen bereichern, niemals Chancengleichheit für Arbeiterkinder und Kinder reicher Eltern geben kann. Das liegt schon darin begründet, daß längst nicht alle Eltern die Zeit oder auch die Kenntnisse haben, ihre Kinder in der Schule über die Runden zu bringen oder teure Nachhilfestunden zu finanzieren oder sie gar auf ein Privatinternat zu schicken, wo das Abitur quasi im Schulgeld inbegriffen ist.

Keine Hausaufgaben

Trotzdem ist auf diesem Hintergrund ein Schulsystem notwendig und auch möglich, das diese von der Gesellschaft vorgegebenen Unterschiede in der Schule nicht voll zum Tragen kommen läßt. So gibt es beispielsweise für die nordrhein-westfälischen Gesamtschulen einen (ausnahmsweise sinnvollen) Erlaß, der bis auf wenige Ausnahmen Schularbeiten verbietet, so daß die außerschulischen Leistungen des Elternhauses zumindest nicht die entscheidende

Rolle spielen wie im herkömmlichen Schulsystem.

Kein Sitzenbleiben

So bietet die Tatsache, daß es auf der Gesamtschule kein Sitzenbleiben gibt, den aus sozialen Gründen Lernschwachen die Möglichkeit, sich mittels Förderkursen an das durchschnittliche Bildungsniveau heranzuarbeiten, ja es bisweilen zu übertreffen. Diese Talente geraten im herkömmlichen Schulsystem unter die Räder der Auslese und haben in vielen Fällen nicht einmal die Möglichkeit, ihre eigenen Fähigkeiten zu entdecken. Das wird durch die von der Bundesregierung im Jahre 1978 vorgelegten Statistiken eindeutig bewiesen.

So machten beispielsweise im Jahre 1965 von 100 Arbeiterkindern nur sechs ihr Abitur. Zehn Jahre später schafften es immerhin schon zehn Prozent am Gymnasium, an der Gesamtschule allerdings 30 von hundert.

Die eben schon erwähnte Quick-Autorin zitiert in ihrem Artikel einen gewissen Dr. Horst Petermann, seines Zeichens Geschäftsführer eines hessischen Unternehmerverbandes: „Achtzig von hundert jungen Menschen, die heute einen Beruf erlernen, sind nicht imstande, richtig zu lesen, zu schreiben oder zu rechnen. Selbst einfachste Sätze und ganz normale Rechenaufgaben geben ihnen Rätsel auf.“

Weniger „Versager“

Im Quick-Artikel ist die Ursache für die als verheerend geschilderte Schulsituation schnell gefunden, die Gesamtschule. Lassen wir auch hier Zahlen sprechen. Im Jahre 1965 verließen 134 600 von 563 200 Schülern die Hauptschule ohne Abschluß. Das sind immerhin 17,7 Prozent sämtlicher Schulabgänger. Elf Jahre später schafften noch immer 11,6 Prozent aller Schulabgänger nicht den Hauptschulabschluß. Bedenkt man, daß der Anteil der Hauptschüler an der Gesamtschülerzahl im gleichen Zeitraum von 74 Prozent auf 47,3 Prozent gesunken ist, die Abgänger insgesamt aber um 200 000 gestiegen sind, hat sich die Quote der Schüler, die völlig ohne Abschluß auf den Arbeitsmarkt entlassen werden, deutlich erhöht. Bleibt die Frage, hat die Einführung der Gesamtschule diesen Trend mitgetragen, hat sie ihn verstärkt oder hat sie gegenteilige Tendenzen aufzuweisen?

1978 schrieb die Bundesregierung in einer Antwort auf eine große Anfrage zur Bildungspolitik: „Arbeiterkinder haben in Gesamtschulen bessere Bildungschancen; mehr Kinder aus den ‚unteren‘ Sozial-schichten gehören einem oberen oder mittleren Leistungsniveau an, als in den vergleichbaren Schulformen des dreigliedrigen Schulsystems; ihr Anteil im unteren Leistungsniveau ist erheblich geringer.“

Weiter wird darauf hingewiesen, daß auch andere traditionell benachteiligte Gruppen, wie Mädchen oder Landjugend, von der integrierten Gesamtschule profitieren.

Höheres Bildungsniveau für Arbeiterkinder

Im folgenden einige Zahlen und statistische Angaben, die die Vorteile der Gesamtschule insbesondere für Arbeiterkinder belegen. Betrachten wir den 9.

Jahrgang des Jahres 1976. Im Rahmen des traditionellen Schulsystems gehen 68 von hundert Arbeiterkindern auf die Hauptschule, während 22 die Realschule und nur 10 das Gymnasium besuchen. Analysiert man nun das Bildungsniveau der Arbeiterkinder an der Gesamtschule analog zu den drei traditionellen Schulformen, so haben 35 Prozent Hauptschulniveau, 35 Prozent entsprechen in etwa den Realschülern und immerhin 30 Prozent haben eine mit dem Gymnasium vergleichbare Qualifikation.

Ein Blick auf die Angaben im Hinblick auf die Kinder der Reichen (Unternehmer, leitende Angestellte, Professoren) zeigt, daß auch in der Gesamthochschule immerhin noch die Hälfte von ihnen eine mit dem Gymnasium vergleichbare Qualifikation hat. Von Chancengleichheit kann also auch bei der Gesamtschule noch keineswegs die Rede sein. Immerhin aber schneiden die Arbeiterkinder in diesem integrierten Schulsystem erheblich besser ab als in traditionellen Schulformen; immerhin wird das Bildungsprivileg der Reichen in den bereits bestehenden Gesamtschulen erschüttert.

Daß das traditionelle dreigliedrige Schulsystem unter anderem auch die Aufgabe hat, die sozialen Unterschiede zwischen den Klassen und Bevölkerungsschichten zu zementieren und festzuschreiben, zeigt folgende Passage in der Antwort der Bundesregierung auf die große Anfrage zur Bildungspolitik aus dem Jahre 1978. Unter Punkt 64 kommt zum Ausdruck, daß „von den erfaßten Schülern, die die Hauptschule besuchten, obwohl sie eine Empfehlung für das Gymnasium hatten, am Ende der 6. Jahrgangsstufe nur 12,7 Prozent weiterhin zum Gymnasium empfohlen wurden; für 87,3 Prozent wurde die gutachtliche Empfehlung der Grundschule revidiert.“ Daß man den anfangs für das Gymnasium empfohlenen Kindern ein Jahr später die erforderliche Qualifikation dafür absprach, ist also keineswegs darauf zurückzuführen, daß sie etwa dümmer geworden sind, wie die Lernergebnisse der Gesamtschule deutlich beweisen.

Nachdem wir auf einige Vorteile der Gesamtschule im Hinblick auf die Arbeiterkinder zu sprechen gekommen sind, zurück zur Frage der Versagerquote. Argumente, die besagen, an der Gesamtschule würden mehr Schüler scheitern als an den herkömmlichen Schultypen, entbehren jeder Grundlage; das Gegenteil ist der Fall. Claus Volland schrieb im September 1978 in der Zeit: „Politiker aller Schattierungen klagen darüber, daß immer noch zu viele Jugendliche die Hauptschule verlassen, ohne einen Abschluß geschafft zu haben; im Bundesdurchschnitt 14 Prozent der Hauptschüler. Die Gesamtschulen schneiden besser ab: Nur ein bis vier Prozent ihrer Schüler scheitern am Hauptschulabschluß.“

Die bessere Qualifikation insbesondere der Arbeiterkinder zeigt sich auch an den Schulabschlüssen. Mehr Kinder als im dreigliedrigen System erreichen höhere Schulabschlüsse. Carl Volland führt am Beispiel Hamburg aus: „Einen Real-schulabschluß schafften an den Gesamtschulen der Hansestadt 32,6 Prozent der Schüler, an den Regelschulen hingegen nur 28,7 Prozent. Die Versetzung an die gymnasiale Oberstufe erreichten in den Gesamtschulen 33,2 Prozent, im dreigliedrigen Schulsystem nur 23,8 Prozent.“

11. Gewerkschaftstag der IG Bau-Steine-Erden

Gesetzliches Verbot der Aussperrung gefordert

Opposition gegen Sperner und Co. wächst

WESTBERLIN.— Am Letzten Samstag ging in Westberlin der 11. ordentliche Gewerkschaftstag der Industriegewerkschaft Bau-Steine-Erden zu Ende. Auch in der IG Bau entwickelt sich eine klassenkämpferische Opposition. Der Verlauf des Gewerkschaftstages bestätigt es.

In verschiedenen sozialpolitischen Fragen verabschiedete der Gewerkschaftstag Anträge, die für den Kampf der Bauarbeiter um bessere Arbeitsbedingungen wichtig sind. Wir erwähnen hier vier Forderungen, die beschlossen worden sind:

- Mit dem „Sklavenhandel“, der in der Bauwirtschaft skandalöse Ausmaße angenommen hat, soll grundsätzlich Schluß gemacht werden. Die Delegierten forderten die ersatzlose Aufhebung des „Arbeitsnehmerüberlassungsgesetzes“ aus dem Jahre 1972.
- Auch die Bauarbeiter haben ein Recht auf ein garantiertes Jahreseinkommen. Die Forderung des Gewerkschaftstages: Lohnfortzahlung für 8 Stunden auch an Tagen, an denen aus Witterungsgründen überhaupt nicht gearbeitet wird.
- Jetzt, wo in der Bauwirtschaft die Konjunktur floriert, zwingen die Bauunternehmer die Arbeiter einerseits zur Überstundenschinderei, andererseits lassen sie im Winter auf Kosten der Arbeiter feiern. Begünstigt wird das durch die skandalöse Tatsache, daß nach wie vor die faschistische Arbeitszeitordnung aus dem Jahre 1938 in Kraft ist, die noch nicht einmal die 40-Stunden-Woche kennt. Ein

Antrag, der von den Delegierten verabschiedet wurde, fordert, daß diese Arbeitszeitordnung jetzt endlich durch eine neue, sozialere ersetzt wird.

- Sechs Wochen Urlaub für alle! Diese Forderung muß die Gewerkschaft nach dem Willen der Mehrheit der Delegierten jetzt durchsetzen. Es wurden auf dem Gewerkschaftstag auch Forderungen verabschiedet, die den Bonzen (nicht nur in der IG Bergbau, sondern im DGB überhaupt) ganz und gar nicht schmecken: Neben der Aufnahme des Rechts auf Arbeit ins Grundgesetz wurde auch das gesetzliche Verbot der Aussperrung gefordert. Wörtlich lautet der Antrag zur Aussperrung:

„Der Bundesvorstand wird aufgefordert, mit den ihm zur Verfügung stehenden Mitteln dafür zu sorgen, daß die Aussperrung gesetzlich verboten wird.“

Das sind Forderungen, die einen politischen Kampf der Arbeiterklasse gegen die Bonner Regierung, gegen den kapitalistischen Staat verlangen. Sie wurden von der Antragsprüfungskommission zur Ablehnung vorgeschlagen. Daß sie trotzdem verabschiedet wurden, ist ein Erfolg für die klassenkämpferische Opposition im DGB insgesamt.

Gegen die Empfehlung der Antragsprüfungskommission wurde auch der Antrag verabschiedet, in die Gewerkschaftssatzung aufzunehmen, daß sich die IG Bau für die Verwirklichung der Gleichberechtigung der Frauen im Arbeitsleben einsetzen und daß die 13 000 weiblichen Mitglieder der IG Bau auch in den Bezirksvorständen vertreten sein sollen.

Es gelang allerdings nicht, alle fortschrittlichen Anträge, die dem Gewerkschaftstag vorlagen, gegen den Widerstand von Sperner und Co. durchzudrücken. Die folgenden Anträge konnten von den Bonzen abgeschmettert werden:

- Ein Antrag der Gewerkschaftsjugend, „daß es zu keiner Neubelebung der ‚Konzertierten Aktion‘ kommt“.
- Ebenfalls ein Antrag der Gewerkschaftsjugend, der eine neue Konzeption der Betriebsarbeit fordert, damit die Gewerkschaft neben den Betriebsräten, die ja durch das Betriebsverfassungsgesetz behindert werden, insbesondere für die Organisation von Kämpfen ein zweites Standbein in den Betrieben erhält.
- Zu diesem Antrag muß angemerkt werden, daß es in der IG Bau offiziell keine Vertrauensleute gibt. Diesbezügliche Vorstöße der Kollegen an der Basis wurden bislang von Sperner und Co. zunichte gemacht. Allerdings haben sich die Kollegen in einigen Betrieben selbständig Vertrauensleute geschaffen.
- Ein Antrag aus Hessen, daß die IG Bau künftig nicht mehr erst ab dem dritten Streiktag bezahlt, sondern — wie auch in anderen Gewerkschaften üblich — schon von Anfang an.

Anträge aus dem Bezirk Fulda, die beinhalten, daß die Tarifforderungen künftig durch das höchste Organ zwischen den Gewerkschaftstagen, den Gewerkschaftsrat, festgelegt werden und zwar erst, nachdem eine Mitgliederbefragung durchgeführt worden ist. Ferner soll sichergestellt werden, daß die Mitglieder der Tarifkommissionen nicht mehr von oben ernannt, sondern von unten gewählt werden.

Einige wichtige Anträge kamen auf dem Gewerkschaftstag gar nicht erst auf den Tisch, weil sie von den Bonzen bereits auf Landesebene abgeblockt werden konnten. Wir erwähnen hier zwei Anträge:

- Der Antrag, die 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich auch in der Bauwirtschaft auf die Tagesordnung zu setzen.
- Der Antrag, in der IG Bau den Mitgliedsbeitrag, der hier ungewöhnlich hoch liegt, nämlich bei 1,5 Prozent des Monatseinkommens, auf 1 Prozent zu senken.



Auch die Bauarbeiter kämpfen dafür, daß ihre Gewerkschaft Kampforganisation gegen die Unternehmer wird und nicht ein sogenannter Ordnungsfaktor, wie es Sperner und Co., die Bonzen im IG-BSE-Apparat, wollen. Unser Foto zeigt streikende Bauarbeiter im Sommer 1978

ÖTV-Kreisdelegiertenkonferenz in Dortmund

Oppositioneller Kandidat unterlag nur knapp

Antrag gegen Bonner Atomprogramm verabschiedet

DORTMUND.— Am 27. Oktober tagte in Dortmund die Kreisdelegiertenkonferenz der Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr (ÖTV). Der bisherige Verlauf der Konferenz (wegen der großen Zahl der vorliegenden Anträge muß sie am 17. November fortgesetzt werden) zeigt eindrucksvoll die gewachsene Stärke der klassenkämpferischen Opposition im ÖTV-Kreis Dortmund.

Zwei Aufgaben hatte die Delegiertenkonferenz zu bewältigen: erstens die Neuwahl des Kreisvorstands und zweitens die Beschlussfassung über die Anträge, die von der Dortmunder Kreisorganisation an den Gewerkschaftstag der ÖTV gerichtet werden, der im Sommer nächsten Jahres stattfinden wird.

Bei der Vorstandswahl trat gegen den bisherigen Kreisvorsitzenden als Gegenkandidat der oppositionellen Kräfte der Sprecher der Vertrauenskörperleitung bei der Stadtverwaltung Dortmund an, ein fortschrittlicher, kämpferischer Kollege. Er unterlag gegen den alten Vorsitzenden nur knapp mit 124 gegen 144 Stimmen.

Der Konferenz lagen über 70 Anträge vor. Hier seien nur

die wichtigsten kurz erwähnt:

- Ein Antrag für die Abschaffung der Unvereinbarkeitsbeschlüsse.
- Mehrere Anträge für das gesetzliche Verbot der Aussperrung.
- Anträge für die Durchsetzung der 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich.
- Ein Antrag, der die Gestaltung des 1. Mai im vergangenen Frühjahr kritisiert und Änderungen für den nächsten 1. Mai fordert.
- Anträge zum Krankenhausbereich, die sich insbesondere gegen das Kostendämpfungsgesetz und gegen die Rationalisierungsmaßnahmen in den Krankenhäusern richten.
- Ein Antrag, der — im Gegensatz zum Standpunkt der ÖTV- und DGB-Führung — das Bon-

ner Atomprogramm verurteilt und einen sofortigen Baustopp bzw. die Stilllegung aller Atomkraftwerke fordert.

Von diesen Anträgen konnte auf der ersten Sitzung am 27. Oktober nur der letztgenannte, der Antrag zum Bonner Atomprogramm, behandelt werden. Er wurde gegen den Widerstand des Kreisvorsitzenden und seiner Anhänger mit einer knappen Mehrheit verabschiedet.

Insgesamt konnten auf dieser Sitzung nur sechs Anträge verabschiedet werden. Die anderen obengenannten Anträge werden auf der zweiten Sitzung am 17. November zur Abstimmung kommen. Der Rote Morgen wird über den weiteren Verlauf der Delegiertenkonferenz berichten.

Gemeinsamer Manteltarifvertrag für Arbeiter und Angestellte

Unterschiede verringert

Längere Kündigungsfristen bei entsprechender Betriebszugehörigkeit

LUDWIGSBURG.— Am 29. Oktober wurde zwischen der IG Metall Nordwürttemberg-Nordbaden und den baden-württembergischen Metallunternehmern ein gemeinsamer Manteltarifvertrag für Arbeiter und Angestellte abgeschlossen, der die Benachteiligung der Arbeiter gegenüber den Angestellten in einer Reihe von Punkten aufhebt bzw. verringert.

Der Vertrag bringt unter anderem die folgenden Verbesserungen:

- **Kündigungsschutz:** Von 1982 an hat auch ein Arbeiter eine Kündigungsfrist von mindestens sechs Monaten bis zum Quartalsende, vorausgesetzt er gehört dem Betrieb mindestens 12 Jahre an. Bisher galten höchstens dreimonatige Fristen zum Monatsende. Von 1982 an gilt auch für Arbeiter bei einer Betriebszugehörigkeit von mindestens fünf Jahren — ebenso wie jetzt schon für die Angestellten — eine Kündigungsfrist von drei Monaten zum Quartalschluß.
- **Arbeitsvertrag:** Auch Arbeiter werden künftig von Anfang an einen Arbeitsvertrag ausgehändigt bekommen. Probezeiten sind allerdings immer noch möglich, jedoch nur, wenn sie schriftlich vereinbart wurden.
- **Arbeitsunfähigkeit:** Künftig müssen Arbeiter im Krankheitsfall in den ersten drei Tagen eine Arbeitsunfähigkeitsbescheinigung nur noch auf rechtzeitiges Verlangen des Unternehmers vorlegen. Nach fünf

Jahren Betriebszugehörigkeit entfällt auch diese Verpflichtung. Für Angestellte gelten allerdings hier erheblich großzügigere Bestimmungen.

Bei länger dauernder Krankheit wurde für Arbeiter und Angestellte eine gleiche Regelung festgelegt: Beide Gruppen erhalten nach fünfjähriger Betriebszugehörigkeit für einen zusätzlichen Monat und bei zehn Jahren Betriebszugehörigkeit für zwei zusätzliche Monate die volle Lohnfortzahlung. Außerdem ist die Freistellung von bis zu fünf Tagen pro Jahr für die Pflege erkrankter Kinder zwischen acht und 14 Jahren festgelegt.

In punkto Kurzarbeit ist in dem Tarifvertrag eine Gleichstellung der Arbeiter mit den Angestellten nicht vollzogen. Die Forderung der IG Metall, daß auch die Arbeiter — wie bisher schon die Angestellten — 80 Prozent ihrer Nettoeinkünfte erhalten müssen, ist nicht durchgesetzt worden. Der neue Manteltarifvertrag hat eine Laufzeit bis Ende 1983.

Arbeitsplatzvernichtung in der Werftindustrie

BRÜSSEL.— Waren im Jahr 1975 in der Werftindustrie der Europäischen Gemeinschaft noch 206 350 Menschen beschäftigt, betrug die Zahl der Beschäftigten Ende 1978 nur noch 155 840. Es wird damit gerechnet, daß in absehbarer Zeit weitere 10 000 bis 17 000 Arbeitsplätze vernichtet werden. Das westdeutsche EG-Verbindungsbüro erklärte, ohne die staatliche Förderung neuer Aufträge (sprich: Subventionen) seien in den kommenden drei Jahren rund 50 000 Arbeitsplätze in der Werftindustrie der EG bedroht.

Arbeitstag von 15 Stunden

DÜSSELDORF.— Der nordrhein-westfälische Arbeitsminister Farthmann gab zu, daß trotz der hohen Arbeitslosigkeit im Ruhrgebiet von den Unternehmern ein starker Überstun-

denzwang ausgeübt wird. Zahlreiche Firmen — so Farthmann — zwingen die Arbeiter dazu, Überstunden zu leisten, um so um die notwendige Vergrößerung der Belegschaften herumzukommen. Dabei würde nicht nur von der offiziell zugelassenen Möglichkeit der Verlängerung des Arbeitstages auf zehn Stunden Gebrauch gemacht, sondern es werde oft ein Arbeitstag von 12 bis 15 Stunden als selbstverständlich vorausgesetzt.

Evangelische Kirche gegen Tarifverträge

HANNOVER.— Der erste Vizepräsident der Generalsynode der Vereinigten Evangelisch-Lutherischen Kirche Deutschlands, Propst Erich Warmers, warnte vor dem Abschluß von Tarifverträgen zwischen den evangelischen Landeskirchen und den Gewerkschaften. Von den Gewerkschaften drohe die Gefahr, daß sie unchristliche Praktiken in den Bereich der Kirche einführen. Gegen die

Gewerkschaften als Tarifpartner spreche auch die Tatsache, daß sie in Arbeitsgerichtsverfahren gegen besseres Wissen und Gewissen zu allem bereit seien und keine Rücksicht üben.

Kein Teuerungsausgleich bei Chemie-Tarifabschlüssen

DÜSSELDORF/HANNOVER.— Die IG-Chemie-Bonzen haben in der vergangenen Woche zwei Tarifabschlüsse unterzeichnet, die einen Verzicht auf die Sicherung der Reallohnbedeutung für die 3 000 Beschäftigten in der sanitärkeramischen Industrie Nordrhein-Westfalens werden die Löhne und Gehälter ab 1. Oktober 1979 um 5,5 Prozent, mindestens jedoch um 83 Mark im Monat bzw. um 0,48 Mark pro Stunde erhöht. Die Auszubildenden erhalten in allen Ausbildungsjahren 35 Mark mehr. Die Laufzeit des Tarifvertrages beträgt 12 Monate. Für die

16 000 Beschäftigten in der Behälterglasindustrie wurden Lohn- und Gehaltserhöhungen von 5,9 Prozent vom 1. Oktober an vereinbart.

Textilindustrie: ungeheuerliche Verschärfung der Ausbeutung

BONN.— Im Jahr 1970 beschäftigte die Textil- und Bekleidungsindustrie hierzulande noch 501 500 Menschen. Der Umsatz lag bei 24,4 Milliarden Mark. Die Zahl der Betriebe betrug 3 615. Und so hatten sich diese Zahlen bis 1978 entwickelt: Beschäftigtenzahl: 319 700; Umsatz: 31,1 Milliarden Mark; Zahl der Betriebe: 2 379. Bleibt noch festzustellen, daß im gleichen Zeitraum die Produktion pro Beschäftigtem um 63 Prozent gestiegen ist. Fazit: Die Kapitalisten machen Umsätze und Profite wie noch nie; die Zahl der Arbeitsplätze ist so niedrig wie noch nie; die Arbeitsleistung wurde in die Höhe gepeitscht wie noch nie.

Rundschreiben des IGM-Vorstands

Kampagne für Verbot der Aussperrung nicht wünschenswert?

Am 1. Oktober schickte der Vorstand der Industriegewerkschaft Metall ein Schreiben an alle Verwaltungsstellen und Bezirksleitungen (nebenstehend haben wir es im vollen Wortlaut wiedergegeben). Es geht dabei um die Kampagne für das Verbot der Aussperrung. Die IGM-Führer halten es

Soweit wir informiert sind, wurde anschließend von den örtlichen Verwaltungsstellen der IGM ein fast gleichlautendes Schreiben an alle Betriebsratsmitglieder und Vertrauensleute der IGM geschickt. In Metall, der Mitgliederzeitung der IGM, Ausgabe Nr. 21 vom 24.10.79 findet sich ebenfalls ein kurzer Artikel, der die Aufforderung enthält, von einer Mitarbeit an der Kampagne bzw. von ihrer Unterstützung abzusehen.

Welche Begründung führt der IGM-Vorstand für seine Behauptung an, es schade den Interessen der IG Metall, wenn IGM-Mitglieder sich an der Kampagne für das Verbot der Aussperrung beteiligen? Dazu heißt es in dem Schreiben vom 1. Oktober:

„Gewerkschafter und Betriebsräte haben ihren Platz, von dem aus sie gegen die Aussperrung kämpfen, in ihrer DGB-Gewerkschaft, und Mitglieder unserer Organisation brauchen keine Initiative dieser Art außerhalb der IG Metall. Dies gilt um so mehr angesichts der Unklarheit über Hintergründe und Initiatoren dieser Kampagne und da zu befürchten ist, daß Unterstützungsunterschriften für zweifelhafte Ziele mißbraucht werden.“

Zunächst sei die Frage erlaubt: Seit wann dürfen sich Mitglieder der IG Metall nur dann für politische oder soziale Reformen einsetzen, wenn entsprechende Initiativen, Aktionen oder Kampagnen von der Führung des DGB bzw. der IG Metall beschlossen werden? Sind IGM-Mitglieder etwa politische Analphabeten? Brauchen sie einen Vormund, der ihnen vorschreibt, was sie zu tun oder zu lassen haben?

Wirklich, ein seltsames Demokratieverständnis, das die IGM-Führer da an den Tag legen! Gerade engagierte, fortschrittliche Gewerkschafter wissen doch ihren eigenen Kopf zu gebrauchen. Sie werden nicht erst dann aktiv, wenn die Gewerkschaftsführung ihnen Weisungen erteilt, sondern sie entwickeln Eigeninitiative. Ohne solche Kollegen wäre es schlecht bestellt um die IG Metall.

Das gilt um so mehr, als es die DGB- bzw. IGM-Führer

leider all zu oft an den notwendigen Beschlüssen und Initiativen fehlen lassen. Was hat die DGB-Führung zum Beispiel an Aktionen eingeleitet, um den Kampf für das Verbot der Aussperrung voranzutreiben? Unseres Wissens ist in dieser Hinsicht seit der Großkundgebung auf dem Stuttgarter Killesberg vom 7. April dieses Jahres nichts Nennenswertes mehr geschehen.

Und auch zu dieser Kundgebung hat die DGB-Führung keineswegs in dem Maße mobilisiert, wie dies wünschenswert und möglich gewesen wäre. Wenn trotzdem rund 6000 Kollegen gekommen sind, so ist das ein Zeichen dafür, wie groß die Bereitschaft unter den Mitgliedern und Funktionären des DGB ist, sich an Aktionen für das Verbot der Aussperrung zu beteiligen.

Statt die Kollegen in ihrer Kampfbereitschaft zu bestärken, hat sich Eugen Loderer auf dem Stuttgarter Killesberg ausdrücklich gegen die klare Forderung nach einem gesetzlichen Verbot der Aussperrung ausgesprochen. Er orientierte die Gewerkschafter auf die Hoffnung, daß das Bundesarbeitsgericht, das die Aussperrung bereits in zwei Grundsatzurteilen für rechtmäßig erklärt hat, diese „wieder aus der Welt schaffen wird“. Das bedeutet, einem erfolgreichen Kampf für das Verbot der Aussperrung in den Rücken zu fallen!

Auf der gleichen Linie liegt es, wenn die IGM-Führung in ihrem Rundschreiben zur Kampagne für das Verbot der Aussperrung behauptet, Mitglieder der IG Metall bräuchten „keine Initiative dieser Art außerhalb der IG Metall“. Denn, wer das Verbot der Aussperrung wirklich durchsetzen will, muß sich darüber im Klaren sein, daß dies kaum möglich ist, ohne eine möglichst breite und machtvolle Bewegung. Eine solche Bewegung kann sich nicht auf den betrieblichen und gewerkschaftlichen Rahmen beschränken, sondern sie muß alle fortschrittlichen Kräfte mit einbeziehen, alle demokratisch und antifaschistisch gesinnten Menschen in unserem Land.

Gerade deshalb hat unsere

für geboten „klarzustellen, daß eine Mitarbeit und Unterstützung dieser Kampagne durch Mitglieder der IG Metall nicht wünschenswert und dem Interesse unserer Organisation abträglich ist“.

Partei es begrüßt, als verschiedene Gewerkschaftsfunktionäre, Betriebsräte und angesehene demokratische Persönlichkeiten, wie der Schriftsteller Max von der Grün, in diesem Sinne die Initiative ergriffen und die Kampagne für das Verbot der Aussperrung ins Leben gerufen haben.

Mangels sachlicher Argumente versteigen sich die IGM-Führer in ihrem Rundschreiben zu dunklen Andeutungen über angebliche unklare Hintergründe und Initiatoren der Kampagne; es sei zu befürchten, daß die Unterstützungsunterschriften für zweifelhafte Ziele mißbraucht würden.

Das ist doch schlicht und einfach Unfug.



Informationsstand der Kampagne für das Verbot der Aussperrung in Hamburg, an dem Unterschriften gesammelt werden.

Die Initiatoren der Kampagne sind als Mitglieder vom zentralen Ausschuß der Kampagne für das Verbot der Aussperrung an die Öffentlichkeit getreten. Sie haben einen Aufruf verfaßt und diesen mit ihrem Namen sowie ihren Berufsangaben bzw. Angaben über ihre Funktionen als Gewerkschafter und Arbeitnehmer unterzeichnet.

In diesem Aufruf wird das Ziel der Kampagne klar und eindeutig angegeben. Es heißt darin: „Unser Ziel ist es, ein gesetzliches Verbot der Aussperrung durch den Bundestag herbeizuführen.“ Was mit den

Unterstützungsunterschriften geschehen soll, ist ebenfalls kein Geheimnis. Sie sollen zum gegebenen Zeitpunkt dem Bundestag vorgelegt werden, um der Forderung nach einem entsprechenden Gesetz Nachdruck zu verleihen.

Unklar sind nicht die Ziele der Kampagne für das Verbot der Aussperrung, sondern die der IGM-Führung. Warum wendet sie sich gegen den Kampf für ein gesetzliches Verbot der Aussperrung? Warum versucht sie, fortschrittliche Gewerkschafter und Persönlichkeiten, die für dieses Ziel kämpfen, in ein schiefes Licht zu rücken?

Auf zwei Bundeskongressen des DGB, 1972 und 1978, wurde ausdrücklich die Forderung

Rundschreiben des IGM-Vorstands

An alle Verwaltungsstellen und Bezirksleitungen
Betr.: Kampagne für das Verbot der Aussperrung — „Aussperrung verboten!“

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen,
vor einigen Monaten ist eine Initiative mit dem Namen „Aussperrung verboten!“ gegründet worden, die eine sogenannte Kampagne für das Verbot der Aussperrung ins Leben gerufen hat. Die Initiatoren dieser Kampagne bezeichnen sich als Gewerkschafter, Betriebsräte und Schriftsteller und werben um Unterstützung und Mitarbeit.

Da der Kampf gegen die Aussperrung ein zentraler Punkt unseres gewerkschaftlichen Kampfes ist und die Satzung der IG Metall das Verbot der Aussperrung als Aufgabe und Ziel nennt, muß damit gerechnet werden, daß sich Mitglieder unserer Organisation dieser Initiative anschließen.

Es ist deshalb erforderlich klarzustellen, daß eine Mitarbeit und Unterstützung dieser Kampagne durch Mitglieder der IG Metall nicht wünschenswert und den Interessen unserer Organisation abträglich ist.

Gewerkschafter und Betriebsräte haben ihren Platz, von dem aus sie gegen die Aussperrung kämpfen, in ihrer DGB-Gewerkschaft und Mitglieder unserer Organisation brauchen keine Initiative dieser Art außerhalb der IG Metall. Dies gilt um so mehr angesichts der Unklarheit über Hintergründe und Initiatoren dieser Kampagne und da zu befürchten ist, daß Unterstützungsunterschriften für zweifelhafte Ziele mißbraucht werden.

Wir halten es deshalb für notwendig, darauf hinzuweisen, daß eine Unterstützung der Initiative „Aussperrung verboten!“ nicht im Interesse der IG Metall liegt.

Der DGB-Bundesvorstand berät im Augenblick unter Beteiligung der IG Metall über weitere öffentlichkeitswirksame gewerkschaftliche Aktivitäten für unsere Forderung nach einem Verbot der Aussperrung. Mit Beschlüssen ist in Kürze zu rechnen.

Mit freundlichen Grüßen
INDUSTRIEGEWERKSCHAFT METALL
f.d. Bundesrepublik Deutschland
— Vorstand —
Eugen Loderer Hans Mayr

Die Bewegung für das Verbot der Aussperrung wächst

Sowohl innergewerkschaftlich als auch darüber hinausgehend hat die Bewegung für das Verbot der Aussperrung im Laufe dieses Jahres einen bemerkenswerten Aufschwung genommen.

Den Anstoß dafür hat die brutale Aussperrung der Stahlarbeiter im vergangenen Winter gegeben. Immer häufiger haben in letzter Zeit gewerkschaftliche Gremien Entschlüsse gefaßt, in denen ausdrücklich ein gesetzliches Verbot der Aussperrung gefordert wird. Letztes Beispiel ist der 11. ordentliche Gewerkschaftstag der IG Bau-Steine-Erden.

Auch regionale Delegiertenkonferenzen und örtliche Mitgliederversammlungen verschiedener DGB-Gewerkschaften haben vielfach das gesetzliche Verbot der Aussperrung gefordert. Hier seien nur ein paar Beispiele herausgegriffen:

- 22.4.79: Landesverbandstag Nordmark der IG Bau-Steine-Erden
- 24.9.79: Delegiertenversammlung der IG Druck und Papier/Ortsverein Hamburg
- 4.9.79: Delegiertenversammlung DGB Kreis Hamburg
- 2.10.79: Kreisdelegierten-Hauptkonferenz der Gewerkschaft ÖTV Herne
- 8.10.79: Mitglieder- und Delegiertenversammlung der IG Druck und Papier Ortsverein Stuttgart

Um den Kampf sowohl auf gewerkschaftlicher Ebene, als auch darüber hinausgehend, zu unterstützen, haben am 7. Juli dieses Jahres acht Gewerkschafter und Betriebsräte und der Schriftsteller Max von der Grün den Zentralen Ausschuß der Kampagne für das Verbot der Aussperrung gegründet. Der Zentrale Ausschuß ergriff die Initiative zu einer bundesweiten Unterschriftensammlung, die seither in vielen Städten der BRD sowie in Westberlin läuft. Auch eine Reihe Prominenten haben dabei schon unterschrieben, wie z.B. auf der Ran-Fete in Bochum der Sänger Hannes Wader. Der Ausschuß hat außerdem eine Plakette und einen Autoaufkleber herausgegeben.

Inzwischen haben sich in über 40 Städten örtliche Ausschüsse der Kampagne gebildet, die zum Teil auch schon öffentliche Veranstaltungen organisiert haben. Eine derartige Veranstaltung fand zum Beispiel am 22. Oktober in Hamburg statt. 100 Besucher waren gekommen. Betroffene Arbeiter, Gewerkschafter und Betriebsräte und auch ein Experte für Arbeitsrecht haben Beiträge geleistet.

Zum Thema

Verbot der Aussperrung — aber wie?

In Worten machen sich auch die DGB-Führer für das Verbot der Aussperrung stark. In Taten aber sabotieren sie den Kampf dafür. Warum sonst wenden sie sich gegen die klare Forderung nach einem gesetzlichen Verbot der Aussperrung durch den Bundestag? Das ist doch der einzig erfolgversprechende Weg, um den Kapitalisten dieses Machtinstrument, wenn nicht aus der Hand zu schlagen, so ihnen doch mindestens die Anwendung zu erschweren.

Ihr Nein zur Forderung nach einem gesetzlichen Verbot versuchen die DGB-Führer mit verschiedenen Argumenten zu rechtfertigen. Eines davon lautet, ein solches Gesetz sei bei den gegenwärtigen Mehrheitsverhältnissen im Bundestag

nicht durchsetzbar.

Aber mit solchen Abwiegungsparolen stellen die DGB-Bonzen sich selbst ins Abseits. Sollen wir denn die Hände in den Schoß legen und artig darauf warten, daß uns die Herren „Volksvertreter“ eines Tages das Verbot der Aussperrung auf dem Tablett servieren? Dann können wir sowieso einpacken! Zu einem Verbot der Aussperrung wird es nie kommen, wenn nicht die Arbeiterklasse den Herren in Bonn durch einen machtvollen Kampf entsprechend einheizt.

Ein anderes Argument der DGB-Bonzen besagt, derzeit seien die Voraussetzungen für einen Kampf für das gesetzliche Verbot der Aussperrung schlecht, denn die Kräfteverhältnisse

hätten sich zugunsten der Reaktion verschoben. Deshalb müsse man den Weg des geringsten Widerstandes gehen, und der gehe über die Arbeitsgerichte.

Nun haben wir natürlich nichts dagegen, auch vor den Arbeitsgerichten bis hin zum Bundesarbeitsgericht für das Verbot der Aussperrung zu streiten. Im Gegenteil. Nur — eine Alternative zum Kampf für das gesetzliche Verbot ist das halt nicht! Und auf das Gerede, für diesen Kampf seien die Kräfteverhältnisse ungünstig, darf sich die Arbeiterklasse auf keinen Fall einlassen. Glauben denn die DGB-Bonzen im Ernst, die Kräfteverhältnisse würden sich von selbst zugunsten der Demokratie und des

Fortschrittes wenden? Oder vielleicht dadurch, daß die Arbeiter bei der nächsten Wahl der SPD ihre Stimme geben und dann zum wiederholten Mal erleben müssen, wie sie von dieser Partei betrogen werden, wie die Schmidt und Brand einen reaktionären Kurs steuern?

Nein! Nicht durch Kapitulationsparolen, sondern durch revolutionären Klassenkampf versetzt man den reaktionären Kräften Schläge. Nur so kann man Boden für den sozialen Fortschritt gutmachen. Stillhalten bedeutet, den Vormarsch von Reaktion und Faschismus begünstigen.

Davon abgesehen aber liegt es doch auf der Hand, daß sich ein Verbot der Aussperrung über Kassel nicht leichter erreichen läßt als über Bonn. Nicht umsonst ist das Bundesarbeitsgericht für seine eingefeischte

Arbeiterfeindlichkeit bekannt und berüchtigt! Und nicht zufällig hat Kassel schon zweimal in Grundsatzentscheidungen (in den Jahren 1955 und 1972) den Kapitalisten das „Recht“ auf die Aussperrung zugesichert.

An diesem Punkt wenden die DGB-Führer immer ein, ein Vorstoß beim Gesetzgeber für ein Verbot der Aussperrung berge die Gefahr, daß uns ein reaktionäres Verbandsgesetz aufs Auge gedrückt wird, zwecks Reglementierung der Gewerkschaften und der Eingrenzung ihrer Aktionsmöglichkeiten.

Dem halten wir entgegen: Von einer derartigen Gefahr könnte mit dem gleichen Recht auch bei einem Vorstoß in Kassel gesprochen werden. Das müßte beispielsweise der nordrhein-westfälische Landesvorsitzende des DGB, Siegfried

Bleicher, auf einer Funktionärskonferenz, die im November 1978 in Bochum stattfand, selbst zugeben. Bleicher gestand ein, daß eine solche Reglementierung keineswegs unbedingt über ein Verbandsgesetz laufen muß: „Dies kann auch durch rechtliche Entscheidungen geschehen.“

Bringt man die verschiedenen Argumente der DGB-Führer auf einen Nenner, so laufen sie alle auf die Behauptung hinaus: Wenn wir das Verbot der Aussperrung durch Klassenkampf erzwingen wollen, wird alles nur noch schlimmer; laßt uns doch lieber schön brav und friedlich bleiben! Dazu kann man nur sagen: Umgekehrt wird ein Schuh draus! Aber von Klassenkampf will die DGB-Führung halt nichts wissen. Das ist des Pudels Kern.

„Seit das mit der ‚Bild‘-Zeitung passiert ist, weiß ich keinen Ausweg mehr. Die Schande kann ich nicht überwinden. Ich klage die ‚Bild‘-Zeitung des Mordes an.“ — Dies schrieb der Werkmeister Karl K. aus Delmenhorst, ehe er sich mit den Auspuffgasen seines Wagens in seiner Garage vergiftete. Den erschütternden Abschiedsbrief des „Bild“-Opfers veröffentlichte Günter Wallraff in seinem neuen Enthüllungsbuch „Zeugen der Anklage Die ‚Bild‘-beschreibung wird fortgesetzt“.

Wallraffs neues „Bild“-Buch enthüllt Verbrecherpraktiken

Bild-Opfer: „Ich klage die Bild-Zeitung des Mordes an“.

Zusammenarbeit von „Bild“ und Verfassungsschutz aufgedeckt

K.s. Tod hatte folgende Vorgeschichte: Im Frühjahr hatte sich seine Frau umgebracht; sie litt seit 15 Jahren an Depressionen, hatte schon drei Selbstmordversuche unternommen und war deshalb auch ärztlich behandelt worden. — Über Kanäle aus dem Polizeiapparat erfuhr nun der Bild-Reporter Kathmann von dem Selbstmord der Frau. Er tauchte bei K. auf und erweckte hier den Eindruck, er komme von der Polizei und sei ein Selbstmordforscher eines Hamburger Instituts. Er fragte K. nach allen möglichen Details aus. Am folgenden Tag erschien Bild mit der Schlagzeile:



Über die wirklichen Hintergründe und Ursachen des Selbstmordes enthielt der Artikel kein Wort. Die wahre Todesursache — Frau K. hatte sich erdrosselt, nachdem sie sich in ihrem Todestrieb zuvor mit einem Hammer verletzt hatte — war bei Bild ins Abstruse hin verfälscht. Bild schrieb: „...griff sie zu einem Hammer und schlug sich auf den Kopf — so fest sie konnte. Sie schlug dreimal, bis sie blutüberströmt und sterbend vom Stuhl glitt.“ Und mit dem Zungenschlag des Feinschmeckers heißt es weiter: „Einmalig, diese Art, sich umzubringen.“

Nachdem dieser Artikel in der Bild-Zeitung erschienen war, wurde der Werkmeister K. von Verwandten angesprochen, was für einen Unsinn er den Zeitungsleuten erzählt habe. In der Firma meinte ein Kollege, er würde sich schämen, über die eigene tote Frau der Presse solche Informationen zu geben. Und K. schämte sich. Er nahm Urlaub, zog sich zurück, traute sich nur noch nachts aus dem Haus. Vier Tage nach der Berichterstattung seiner Frau schrieb er drei Abschiedsbriefe — darunter den oben zitierten — und brachte sich um. Er schrieb: „Ich hatte mir fest vorgenommen, weiter durchs Leben zu gehen. Aber seit der Geschichte mit Bild bin ich total zerbrochen.“

K. ist nicht das einzige Opfer der Bild-Zeitung. Wallraff führt in seinem Buch zahlreiche Beispiele an, wie Bild — oft nur einer billig-reißerischen Schlagzeile wegen — Tatsachen verfälscht, die Existenz der Opfer und ihrer Familien angreift und zerstört, sie in Verzweiflung und Selbstmord treibt.

„Vampirismus“

Über den Fall des 22-jährigen Michael K. hat der Rote Morgen bereits berichtet (2/79). Michael K., der eine Schule für drogengefährdete Jugendliche besuchte, war Anfang des Jahres wegen des Verstoßes

gegen das Betäubungsmittelgesetz in Verdacht geraten und inhaftiert worden. In seiner Wohnung fand die Polizei ein Fläschchen mit 200 ml seines eigenen Blutes, das er — zur Bestimmung der Gerinnungsdauer und der Blutgruppe — konserviert hatte.

Bild nun nahm — heiß gemacht durch den reißerischen Begriff „Gruselkabinett“ im Polizeibericht — die Blutspur auf. In einer ungeheuerlichen Verleumdungskampagne wurde aus Michael K. der „Vampir von Sachsenhausen“. „Deutscher Schüler trank Mädchenblut“ lautete die erste Schlagzeile.

Über die Wirkung dieser Kampagne schrieb Wallraff: „Ich treffe Michael K. [gegen den schon bald der Haftbefehl wieder aufgehoben worden war] in Frankfurt. ... Auch ich begegne Michael zuerst mit einer gewissen Befangenheit. Man soll doch nicht so tun, — wie manche Intellektuelle in ihrem Hochmut —, als ob diese publizistische Großmacht nicht jeweils Spuren hinterlasse. Es bleibt immer was hängen.“

„Einbruch, Hausfriedensbruch, schwerer Diebstahl...“

Besonders bekannt wurde der Fall Michael K.s deshalb, weil sich in diesem Zusammenhang eine Staatsanwaltschaft — die Frankfurter — genötigt sah, massiv gegen Bild einzuschreiten. Die Frankfurter Bild-Redaktion wurde von bewaffneter Polizei besetzt und durchsucht. Der Grund: Drei Redakteure waren in die Wohnung Michael K.s eingebrochen, hatten dort verschiedene Gegenstände entwendet und Fotos geschossen. Bild empörte sich über die Durchsuchung. „Einbruch, Hausfriedensbruch, schwerer Diebstahl, Verletzung von Persönlichkeitsrechten, Rufmord, Verleumdung etc.“ — so der Vorwurf des Staatsanwalts — war für Bild allerdings nur ein „winziger Anlaß“.

Die Methoden sind für Bild nicht ungewöhnlich, sie gehören geradezu zum journalistischen Handwerkszeug dieser Zeitung. So führte etwa der vom Springerkonzern eigens auf Wallraff angesetzte Ex-Chefredakteur der Welt, Wolf Schneider, aus: „Man darf weder Fotos noch Bildbeschaffung auf eine zahme und appetitliche Weise betreiben. Zahm fotografieren kann man einen Sonnenuntergang. Wenn Sie an Menschen ranwollen, sind sie immer brutal.“

Und der Chef der Bild-Sportredaktion meinte zu den Frankfurter Einbrüchen nur: „Jeder gute Reporter muß einbrechen. Ich bin auch schon eingebrochen.“

Wallraff wird verfolgt

Übrigens wurde die Schilderung

des Frankfurter Einbruchs und seiner Umstände und Hintergründe zum Ansatzpunkt für ein erstes Ermittlungsverfahren gegen Wallraff wegen seines neuen Buches. Bereits in der vorletzten Woche wurde das Verfahren in Gang gesetzt, weil Wallraff — verbotenerweise — Aktenauszüge aus dem laufenden Ermittlungsverfahren gegen die Frankfurter Bild-Redaktion wörtlich wiedergegeben haben soll. — Gegen die Frankfurter Bild-Redaktion indes, obwohl die Verbrechen nunmehr schon über zehn Monate zurückliegen, ist immer noch nicht Anklage erhoben worden. In den Ermittlungen ist ledig-

Getürkt!

Wallraffs neues Buch liefert wieder viel Anschauungsmaterial über die reaktionäre, den Faschismus verherrlichende, rassistische, antikomunistische und antidemokratische Haltung und Macht von Bild. Wie das Blatt die Stimmung gegen ausländische Arbeiter anzuhetzen und zu schüren sucht, zeigt eine Meldung vom 12. Juli dieses Jahres. Unter der Überschrift „Pfleger beklaute Patienten“ stand da in Bild zu lesen:

„Die Patienten in einem Kölner City-Krankenhaus waren begeistert: ‚So einen netten Pfleger wie diesen Türken hatten wir noch nie!‘ Sie tauschten sich gründlich...“

In drei Wochen erbeutete der ‚reizende junge Mann‘ bei Patienten 13 000 Mark. Einem älteren Ehepaar stahl er sogar Wohnungsschlüssel. Gestern wurde er festgenommen und vom Hafrichter wieder freigelassen: ‚Er hat eine Wohnung‘. Die Polizei: ‚Er wird weiter betrügen!...“

Wallraff recherchierte den Fall und kam zu folgendem Ergebnis: „Einmal davon abgesehen, daß laut Polizeibericht vom 11. Juli 79

lich eine merkwürdige Wende eingetreten: Der mit ungewöhnlichem Nachdruck ermittelnde Staatsanwalt Körner, dem die führende Springer-Anwältin Damm vorwirft, er versuche „ein Bild-Strafverfahren nach den Wunschvorstellungen Günter Wallraffs zu führen“, wurde überraschend abgelöst. Ein neuer Beweis des Wohlwollens und der Unterstützung der Justiz gegenüber der Verbrecher-Zeitung und ihren Machern und Hintermännern?

Das Ermittlungsverfahren gegen Wallraff dürfte der Auftakt zu einer neuen Kampagne gegen ihn von der Art sein, wie sie auch nach seinem ersten Bild-Buch „Der Aufmacher“ vom Springer-Verlag und seinen verschiedenen Helfern entfacht worden war. Mittels der Gerichte ließ Springer den Nachdruck des „Aufmacher“ verbieten. Die Gerichts- und Anwaltskosten in Sachen „Aufmacher“ belaufen sich heute schon auf 250 000 Mark. Und man kann sich denken, daß der Konzern — aufgestachelt durch die neue Veröffentlichung — in der Verfolgung der Wahrheit alle seine kriminelle Energie einsetzen wird, deren er fähig ist.

„Man hat mich bespitzeln lassen“, schreibt Wallraff rückblickend in seinem neuen Buch,



„Wanzen gelegt, Telefongespräche abgehört, man hat mir agents provocateurs geschickt, hat Informanten unter Druck gesetzt; durch eine Hausdurchsuchung hätten sie beinahe meine Arbeitsunterlagen beschlagnahmen lassen. Bei einem dieser Informanten, bei einem wichtigen Zeugen, der mich als erster über einen Lauschangriff informiert hatte... wurde eingebrochen, ohne daß Spuren an-

ben hat? —

„Am 18. November war ich Zeuge, wie über den nicht im Telefonbuch verzeichneten Telefonanschluß ... in der Kölner Bild-Redaktion eine Abhörschaltung an den Privattelefonanschluß des Schriftstellers Günter Wallraff hergestellt wurde. Dabei wurden ein- und ausgehende Telefongespräche des Privatanschlusses von Herrn Wallraff über Tischlautsprecher mitgehört und auf Tonband aufgenommen. Dies geschah im Beisein von sechs Redakteuren und einem Fotografen.“

Dieser ungeheuerliche Abhörfall trägt, wie Wallraff schreibt, die „Handschrift des BND“: „Telefondrähte kurzschalten — das jedenfalls war bisher nicht die Handschrift der Bild-Täter. Wohl werden da mal Türen eingetreten. Wohl werden da kleine korrupte Beamte oder einflußreiche Politiker in Kauf genommen. Aber selbst mit Zange und Lötkolben hergehen?“

Und Wallraff nennt weitere Anhaltspunkte und Vorkommnisse, die auf eine Zusammenarbeit von Bild und den Bonner Geheimdiensten mehr als hindeuten. Schon die Vorstellung ist erschreckend und empörend: Die von alten Nazis (siehe Lischka) aufgebauten und geleiteten Geheimdienste, diese Zuträger für Berufsverbote und politische Verfolgungen, Hand in Hand mit dem reaktionären Lügenblatt Bild, das in einer täglichen Auflage von mehr als

Günter Wallraff Zeugen der Anklage Die ‚Bild‘-beschreibung wird fortgesetzt



Zeugen der Anklage Die Bild-Beschreibung wird fortgesetzt.

Klepenhauer und Witsch, DM 16,80 (Im Preis des Buches sind zu erwartende Gerichts- und Rechtsanwaltskosten mit einkalkuliert; beim „Aufmacher“ bisher 250 000 DM)

müssen schonungslos aufgedeckt und die Verantwortlichen müssen für ihre Verbrechen zur Rechenschaft gezogen werden.

Doch auch ohne die Zusammenarbeit mit den Geheimdiensten sind die — teilweise schon bekannten und teilweise von Wallraff aufgedeckten und bewiesenen — Praktiken der Bild-Zeitung ein Skandal. Bild führt drastisch vor Augen, wohin das Pressemonopol in einem kapitalistischen Staat wie der Bundesrepublik führt, welche Bedrohung nicht zuletzt die Großkapitalisten im Pressewesen für die werktätige Bevölkerung darstellen. Es ist ungeheuerlich, daß ein Blatt wie Bild jahrelang ungestraft seine verlogene, rassistische, menschenfeindliche, mörderische und antikommunistische Hetze über unser Land ergießen und seinen mit kriminellen Methoden arbeitenden „Journalismus“ betreiben konnte — und dies in Anbetracht der politischen Verhältnisse auch weiter kann. Es ist bezeichnend für die Wirklichkeit in diesem Land, daß Bild bei seinem Treiben auch noch auf die Unterstützung der Justiz, der Staatsanwaltschaften und fast aller bürgerlichen Politiker rechnen konnte und kann.

Bild muß das Handwerk gelegt werden! Seine Hintermänner und Macher müssen zur Rechenschaft gezogen und bestraft werden!

Oder wie es der durch Bild in den Tod getriebene Karl K. in



„Primitivos“

Die Frankfurter Sekretärin Ilse A. wandte sich hilfesuchend an die Aktion „Bild kämpft für Sie“, weil sie sich von ihrem Fahrlehrer geschöpft fühlte. Nach 66 Fahrstunden hatte er die Frau noch immer nicht zur Prüfung angemeldet. Der Sekretärin wurde nun von Bild schnelle Abhilfe versprochen. Bild-Reporter suchten sie heim und schwatzten ihr ein Foto ab. Zwei Tage später erschien ein Bericht unter der Schlagzeile: „Frau A. ... ist der Alptraum ihres Fahrlehrers.“ — Nun beschwerte sich Frau A. bei Bild und appellierte an die Fairness und den Anstand der Redakteure, doch Bild verwendete ihren Brief zu einem neuen Lügenartikel. Über-

schrift: „Nach 75 Fahrstunden: Fahrlehrer gab auf.“ Statt nun endlich zum Anwalt zu gehen, beschwerte sich Frau A. noch einmal und schickte Bild eine Fotokopie ihres neuen Führerscheins. Bild verwurste schließlich auch dies zu der siebenspaltigen Schlagzeile: „Vorsicht! Frau A. ... (die mit den 75 Fahrstunden) hat jetzt doch den Führerschein.“

Am 5. Oktober 1977 erklärte der frühere Bild-Chefredakteur Peter Boenisch: „Hiermit versichere ich an Eides statt, daß ich Bild-Leser niemals als ‚Primitivos‘ bezeichnet habe!“ — Was Bild von seinen Lesern hält, zeigt deutlich obiges Beispiel.

fünf Millionen Exemplaren herauskommt. Diese selbst die wenigen bürgerlichen Freiheiten, die Unversehrtheit und das Leben der Menschen bedrohende Allianz darf nicht hingenommen werden! Die Verbindungen zwischen den Geheimdiensten und den Springerblättern — vor allem Bild —

einem seiner Abschiedsbriefe ausdrückte: „Man darf solche skrupellosen Leute von Bild nicht frei herumlaufen lassen, sonst morden sie immer weiter und zerstören nach und nach mehr Familien. Sie machen ihren Profit mit Zerstörung von Familienglück und Mord. Kann es größere Verbrecher geben?“

Der „Spiegel“ enthüllt

Der israelische Geheimdienst ist in deutschen Gefängnissen aktiv

Freibrief für Folter und Mord

MÜNCHEN/BONN.— In der letzten Woche wurde durch einen Bericht des *Spiegel* enthüllt, daß auch der israelische Geheimdienst Mossad in deutschen Gefängnissen aktiv ist. Was zuerst gelehrt wurde, wird jetzt von offiziellen



Palästinenser in Gefängnis Landsberg

Das Geständnis des Palästinensers Mohammed Jussef brachte diese ganzen Ereignisse ans Tageslicht. In seiner Straubinger Gefängniszelle war er durch Mossad-Agenten mit Drohungen gegen seine Familie und mit medizinischen Präparaten dazu erpreßt worden, einen Mordanschlag auf den Funktionär der PLO Abu Ijad zu unternehmen. Die israelischen Geheimdienstleute waren durch Vermittlung des Bundesnachrichtendienstes ins Gefängnis gekommen, der sie offiziell als „Dolmetscher“ bezeichnete.

Dieser unglaubliche Skandal bestätigt Vermutungen über geheimdienstliche Tätigkeit und Verbrechen in Gefängnissen der Bundesrepublik, die von der demokratischen Öffentlichkeit seit langem geäußert werden. Aber dies ist weder ein Einzelfall noch Zufall.

Bekannt wurde inzwischen auch, daß in Gefängnissen von Amberg und München ebenfalls israelische Agenten aus- und eingehen. Auch im Asylantenlager Zirndorf geben sich ausländische Geheimdienste die Klinke in die Hand. Neben der Mossad aus Israel arbeitet dort vor allem auch der US-amerikanische CIA, arbeitete dort früher auch der Savak des Schahs von Persien. Der jetzt bekannt gewordene Fall ist der neueste einer ganzen Reihe von Verstößen gegen bestehende

Gesetze, die „Organe dieses Staates im Laufe dieses Jahres zugeben mußten.“

Die Bespitzelung von 13 000 Betriebsräten, von über 120 Schulen, die totale Überwachung des Post- und Reiseverkehrs nach Osteuropa und in die DDR, die brutalen Methoden der Agentenanwerbung, die Millionenbeträge, mit denen Organisationen an den Hochschulen von Geheimdiensten finanziert wurden, alles das sind Glieder einer langen Kette, die ein bezeichnendes Licht auf die geheimdienstliche Tätigkeit in diesem Staat werfen.

Koordiniert von der berüchtigten Abteilung „Z“ des Bundesinnenministeriums, schalten und walten die Agenten der westdeutschen Geheimdienste ganz nach Belieben, ohne jegliche Schranken durch Gesetze oder Vorschriften. Alle diese Geheimdienste arbeiten mit Polizei, Zoll und Bundesgrenzschutz engstens zusammen. Die Arbeit dieser wahrhaft dunklen Mächte ist nur einem Kriterium ausgesetzt: dem des Erfolgs. Es zählt nur, ob es diesen Agenten gelingt, jede sich irgendwo regende Opposition zu registrieren, sie zu beobachten, ihre Strukturen zu erkennen, und, wenn es not tut, sie zu zerschlagen. Noch jedesmal, wenn ein solcher Skandal ans Tageslicht gebracht wurde, wurde hinterher, um der ganzen Sache die nötige Kosmetik zu verpassen,

Stellen, in Bayern wie auch in Bonn, zugegeben. In vier bayerischen Gefängnissen wurden sieben palästinensische Gefangene von Agenten der Mossad bearbeitet.

der parlamentarische Kontrollausschuß einberufen. Aber eben erst hinterher. Und an der ungesetzlichen Tätigkeit der Geheimdienste hat noch kein Kontrollausschuß etwas geändert.

Bei der heimlichen Arbeit dieser Staatsorgane, die die Ergebnisse ihrer Arbeit nicht nur in die Dateien des Bundeskriminalamts, sondern auch in die der großen Monopole eingeben, ist die Zusammenarbeit mit den Geheimdiensten ausländischer Reaktionäre ein besonders dunkles Kapitel. So wurde die Zusammenarbeit mit dem Savak des Schahs von Persien erst nach dessen Sturz überhaupt zugegeben, als Perser die verschiedenen Savakagenten in Westdeutschland anprangerten.

Bekannt ist auch, daß die Drohungen gegenüber mehr als 10 000 Bürgern der Republik Südkorea, die in der DBR arbeiten, durch den Korean CIA Ende der sechziger, Anfang der siebziger Jahre besonders stark waren, daß einige oppositionelle Koreaner sogar gewaltsam aus der DBR verschleppt wurden. Weniger bekannt ist, daß die Verfolgung südkoreanischer Bergleute durch den KCIA in unserem Land bis

heute fortgesetzt wird.

Tatsache ist auch, daß in Westberlin, laut Besatzungsstatut der amerikanischen CIA alle geheimdienstliche Tätigkeit kontrolliert und koordiniert. Der CIA ist eben gerade auch in den Asylantenlagern besonders rege aktiv, hat aber auf allen Ebenen engste Verbindungen zu den westdeutschen Geheimdiensten.

Wie die Bundesregierung bisher die Aktivitäten der „Mossad“ auf deutschem Boden abgelehnt hat, so leugnet man auch bis heute die seit Jahren immer wieder angeprangerte Aktivität des südafrikanischen Geheimdienstes in der DBR, die sich gegen alle aktiven farbigen Studenten richtet.

Wer diese Geheimdiensttätigkeit sieht, die im Laufe der letzten anderthalb Jahre immer intensiver, und so auch allmählich einer breiteren Öffentlichkeit bekannt wurde, wird nicht daran zweifeln, daß diese Tatsachen nur die Spitze des Eisbergs sind.

Es sei hier noch einmal ausdrücklich darauf verwiesen, daß eine breite demokratische Öffentlichkeit, die sehr weit über den Kreis derjenigen hinausging, die mit der Politik der

RAF sympathisierten, bereits anlässlich der Selbstmordlegende von Stammheim darauf verwiesen hatten, daß es in Stammheim einen zweiten Aufgang zu den Zellen gab, daß bereits frühzeitig der Verdacht geheimdienstlicher Betätigung entstand und auch von verschiedenen Seiten geäußert wurde. Damals wurden alle diese Vorwürfe, wie wir sie auch im *Roten Morgen* erhoben haben, ganz energisch dementiert. Damals wurde behauptet, es gäbe keine geheimdienstliche Tätigkeit in deutschen Gefängnissen. Heute weiß man mehr. Heute kennt man neue Tatsachen.

Diese Tatsachen, die Geschichte des Palästinensers Mohammad Jussef, der in einem deutschen Gefängnis von Agenten der Mossad „behandelt“ wurde, beweisen, daß es hinter der Fassade der sogenannten Rechtsstaatlichkeit eine Realität gibt, die aus nackter Gewalt besteht.

Der Streit der Bonner Parteien geht einmal mehr darum, wer Schuld daran hat – nicht daran, daß so etwas passiert, sondern daran, daß es bekannt wird.

Angesichts dieser Tatsachen bedarf es schon eines Politikers vom Schlage des Franz Josef Strauß, um zu sagen der Strafvollzug in der Bundesrepublik sei viel zu milde.

Alle Demokraten müssen die Forderung unterstützen, daß keine ausländischen Agenten auf deutschem Boden geduldet werden dürfen.

Alle Demokraten müssen die Forderung unterstützen, die Tätigkeit der westdeutschen Geheimdienste zu beschränken und einzustellen.

Verfassungsschutz an Hamburger Uni

HAMBURG.— Nicht nur in Betrieben, auch an westdeutschen Universitäten schnüffelt der Verfassungsschutz, um schon frühzeitig und möglichst lückenlos „belastendes Material“ und Erkenntnisse für etwaige Berufsverbote zu sammeln.

Der AStA der Universität Hamburg hat einen solchen Bespitzelungskandal aufgedeckt. Er wies nach, daß zwischen dem Hamburger Landesamt für Verfassungsschutz und der Universitätsverwaltung Abmachungen bestehen, die den Austausch von Personaldaten regeln.

Das Universitätspräsidium mußte vorletzten Dienstag zugeben, daß die Hochschule im Rahmen der Amtshilfe verpflichtet sei, Angaben über Studenten an den Verfassungsschutz weiterzugeben. Gleichzeitig wies das Präsidium darauf hin, das Hamburger Landesamt für Verfassungsschutz habe die Universitätsverwaltung dazu bewegen wollen, regelmäßig mündliche Auskünfte über Studenten zu geben und nicht mehr benötigte Listen mit Personaldaten zur freien Verfügung zu stellen.

Der AStA fordert den Rücktritt des Präsidenten; die Hamburger Jungsozialisten nahmen die Enthüllungen des AStA zum Anlaß, den Rücktritt des Hamburger Innensenators Staak (SPD) zu fordern.

Ex-MAD-Chef weiter auf dunklen Wegen

OLDESLOH/SCHLESWIG-HOLSTEIN.— Erst kürzlich mußte Brigadegeneral Paul Albert Scherer als Chef des Militärischen Abschirmdienstes (MAD) seinen Hut nehmen, weil er unzufriedene Militärpiloten überwachen ließ. Nun ist er mit dem Aufbau einer privaten Gorilla-Truppe erneut ins Zwielicht geraten.

Ausbildungszentrum ist das Schloß Alt-Fredenburg bei Oldeslohe. Da werden nicht nur die Leibwächter berühmter Showstars für 7 100 Mark im Monat ausgebildet, auch Werkstatzangehörige werden dort auf ihren Job vorbereitet und erhalten zum Abschluß der Lehrgänge ein „staatlich anerkanntes Diplom als Sicherheits-spezialist“.

Als Scherer in treuer Erfüllung seiner dienstlichen Pflichten aufgrund der öffentlichen Proteste ins Stolpern geriet, wurde er von seinen Hintermännern aus der Schulbahn genommen und mit anderen, nicht weniger delikaten Aufgaben betraut.

Peter von Oertzen für Todesschuß

HANNOVER.— Der Vorsitzende der niedersächsischen SPD, Peter von Oertzen, der den „Linken“ seiner Partei zugeordnet wird, hat anklingen lassen, daß mit der niedersächsischen Regierungspartei CDU eine Übereinkunft über die Verabschiedung eines neuen Polizeigesetzes erzielt werden könne.

Im Mittelpunkt der Debatte steht der umstrittene Todesschuß. Von Oertzen meinte, er könne sich Situationen vorstellen, wo ein Todesschuß in Kauf genommen werden müsse.

Gedenkstunde im KZ Bergen-Belsen

Zigeuner verurteilen „täglichen Rassismus durch deutsche Behörden“

Nazis ermordeten über 600 000 Zigeuner

BERGEN-BELEN.— Die Roma-Welt-Union, die internationale Vereinigung der Zigeuner, veranstaltete am Samstag, den 27. Oktober auf dem Gelände des ehemaligen KZ's Bergen-Belsen eine Gedenkstunde für ihre von den Nazis ermordeten Brüder. 60 bis 70 Prozent aller Zigeuner waren von den Nazis ausgerottet worden. Doch blieben die Sprecher der Zigeuner nicht bei der Vergangenheit stehen, sondern verurteilten scharf die Haltung der westdeutschen Behörden.

Bis heute ist die Wiedergutmachung mit den Zigeunern nicht geregelt. Grundlage für dieses skandalöse Versäumnis sämtlicher Bundesregierungen seit der Gründung der Bundesrepublik ist die Tatsache, daß der Massenmord an den Zigeunern im Unterschied zum „Holocaust“ an den Juden von den verantwortlichen Behörden nicht als Völkermord anerkannt wird.

Zigeuner unter Hitler

Ein faschistischer Arzt schreibt

Zu dem Vorschlag von SS-Gruppenführer Nebe, Zigeuner zur Durchführung von Versuchen zu benutzen, erlaube ich mir, den Einwand zu machen, daß die Zigeuner bei ihrer teilweise andersartigen rassistischen Zusammensetzung möglicherweise Versuchsergebnisse bringen, die auf unsere Männer nicht ohne weiteres anzuwenden sind. Aus diesem Grunde wäre es wünschenswert, wenn für die Versuche solche Häftlinge zur Verfügung gestellt werden könnten, die rassistisch der europäischen Bevölkerung vergleichbar sind. Ich bitte gehorsamst um die Übermittlung der Genehmigung, damit die Versuche anlaufen können.

Der deutsche Zigeunersprecher Rose warf der Bundesregierung und den Parteien des Bundestags vor, sich „hinter akademischen Formeln zu verschansen“. Die Zigeuner stünden „täglichem Rassismus durch deutsche Behörden“

gegenüber. Immer noch werden die Zigeuner von westdeutschen Behörden als Menschen zweiter Klasse behandelt, sie bekommen immer seltener die erforderliche behördliche Genehmigung zur Aufstellung ihrer Wohnwagen und werden häufig als Landstreicher diffamiert weil sie aufgrund der allen Zigeunern gemeinsamen Lebensführung keinen festen Wohnsitz haben.

Die Minimalforderungen der Zigeuner, die von jedem antifaschistischen Menschen un-

terstützt werden müssen, laufen auf eine finanzielle Absicherung der Hinterbliebenen des Nazi-Terrors und auf finanzielle Unterstützung zur Verteidigung und Pflege ihrer Kultur hinaus. Außerdem muß die Bundesregierung die Ermordung der Zigeuner im Dritten Reich unverzüglich als Völkermord anerkennen!

(Im *Roten Rebellen* von Juli/August 1979 ist eine ausgezeichnete Reportage über Zigeuner in Deutschland abgedruckt. Erhältlich beim Verlag Roter Morgen für 1 Mark)



Zigeuner in Deutschland: von den Nazis ermordet, in der Bundesrepublik diskriminiert

Schikane in der Bundeswehr

Üble Beschimpfungen an der Tagesordnung

MEMMINGEN.— Ende Oktober wurde ein 24jähriger mittlerweile aus der Bundeswehr entlassener Stabsunteroffizier wegen „entwürdigender Behandlung Untergebener“ zu sechs Wochen Strafarrest auf Bewährung verurteilt. Der Prozeß fand vor dem Landgericht in Memmingen statt.

Er hatte sich einige sehr spezielle Methoden zur Schikanierung der Wehrpflichtigen in der Fliegerhorstgruppe Leipheim ausgedacht. Da war zum Beispiel das „Schrankspiel“. Ein Rekrut wurde in einen Spind gesperrt und mußte auf Klopfzeichen hin unsinnige Befehle ausführen. Einmal Klopfen bedeutete Wiehern, zweimal Pfeifen und dreimal Kuckuck-Kuckuck-Brüllen.

Bereits im April hatte es in Memmingen einen ähnlichen Fall gegeben. Damals hatten Vorgesetzte die Rekruten auf Befehl „Quak“ schreien lassen; auf dem Kasernenhof wurde der „Tanzschrei“ geübt.

Diese noch eher harmlosen Fälle legen Zeugnis ab über den Geist des Kadavergehorsams,

der in der Bundeswehr herrscht. Sie zeigen, daß es das erklärte Ziel der Offiziere ist, den Rekruten das Rückgrat zu brechen, sie zu willfährigen Marionetten ihrer Befehle, wie immer sie auch ausfallen mögen, zu machen. Die Zerstörung des Selbstbewußtseins ist ein wichtiges Mittel dabei.

Im Frühjahr dieses Jahres mußte auch der Wehrbeauftragte des Bundestages zugeben, daß das Schikanieren der Rekruten zu einem ersten Problem geworden ist. Er erwähnte einen Fall, wo ein Bataillonskommandeur einen Soldaten als „dummen Hund“ und „Schwein“ beschimpft hatte und drohte, ihn sofort zu erschießen, falls er eine Maschinenpistole gehabt hätte.

180 Kollegen erklären

„Deine gute Betriebsratsarbeit ist der Grund für Deine Entlassung!“

Volkskorrespondenz aus Westberlin

Wie bereits im RM Nr. 42 auf Seite 4 berichtet wurde, ist der RGO-Betriebsrat Dieter Müller von den Siemens-Bosch-Kapitalisten mit Zustimmung der IG-Metall-Bonzen im Betriebsrat unter fadenscheiniger Begründung fristlos entlassen worden.

Die Kündigung fand zu einem Zeitpunkt statt, wo die Forderungen von zahlreichen Kollegen nach einem Lohnnachschlag immer massiver wurden. Die Betriebsgruppe der RGO und insbesondere Kollege Dieter unterstützten diese Forderungen nach Kräften.

Unmittelbar nach Bekanntwerden der unverschämten und durch nichts zu rechtfertigenden fristlosen Kündigung war die Wut und Empörung der Kollegen ziemlich groß. Dieter muß wieder zurück! Das war und ist die Meinung vieler Kollegen und Kolleginnen. Zwei Tage nach seinem Rausschmiß flatterte ein von 20 Kollegen unterzeichnetes Schreiben in Dieters Briefkasten:

„Wir sind empört über Deine fristlose Entlassung, denn als Betriebsrat hast Du bewiesen, daß Du Dich Mutig für uns eingesetzt hast und konsequent unsere Interessen gegenüber der Geschäftsleitung vertreten hast. Deshalb haben wir volles Vertrauen in Dich. Deine gute Betriebsratsarbeit ist auch der wirkliche Grund für Deine Entlassung. Wir fordern die sofortige Zurücknahme der fristlosen Kündigung.“



Diese Solidaritätsadresse, die klar und unmißverständlich die wahren Hintergründe dieser reaktionären Maßnahme der Bosse und Bonzen aufzeigt, wurde mittlerweile von etwa 180 Kollegen unterzeichnet. Einen Tag nach der Entlassung

stand das Telefon des Kollegen Dieter nicht still. Da kamen Anrufe über Anrufe von empörten Kollegen, die ihm ihre Solidarität bekundeten. Im Betrieb liefen Diskussionen über die Möglichkeit eines Solidaritätsstreiks.

Der Rote Gartenfelder, die Betriebszeitung der KPD/ML und die Flugblätter der Betriebsgruppe der RGO haben klar zu verstehen gegeben, daß ein Solidaritätsstreik das richtige Mittel wäre, um die Unternehmer zu zwingen, die Kündigung zurückzunehmen; denn wo gestreikt wird, geht es an die

Profite. Doch leider kam nicht zuletzt durch den schädlichen Einfluß der Bonzen im Betriebsrat und der Vertrauenskörperleitung so ein Streik nicht zustande.

Nach der Entlassung von Dieter kam massiver Druck von oben. Die Unternehmer mit ihren Handlangern im Betriebsrat starteten eine breit angelegte Einschüchterungskampagne. Sie gaben die Parole aus: „Wer die Solidaritätserklärung unterschreibt, muß mit Entlassung rechnen“. Und die Vertrauenskörperleitung ließ eine regelrechte Hetzschrift gegen Dieter und die RGO verbreiten, die an Dummlichkeit nichts zu wünschen übrig läßt. Unter anderem heißt es da: „Die Arbeit der Betriebsräte soll zum Wohle aller sein und ist nicht dazu da, Uneinigkeit und Aufwiegelung in die Reihen der Mitarbeiter zu tragen. Welcher Zweck damit von der RGO und den K-Gruppen verfolgt wird, mußte nun auch jedem von uns klar sein, deshalb lassen wir uns unsere Demokratie nicht zerstören.“ [Es folgen 15 Ausrufezeichen].

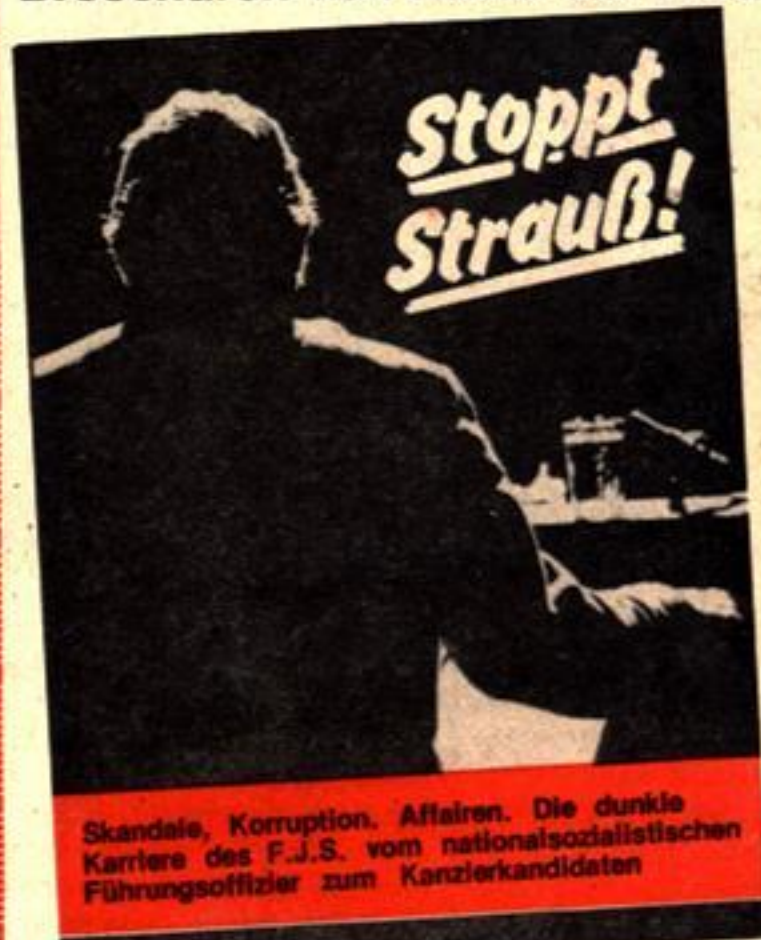
Ein Kollege, der in Dieters Abteilung Unterschriften gesammelt haben soll, erhielt sofort eine Verwarnung. Bei einem anderen beantragte die Geschäftsleitung gleich die Entlassung. Meister und Vorarbeiter versuchten Gespräche der Kollegen zu belauschen. Dabei muß man bedenken, daß über 80 Prozent der in der Produktion arbeitenden Kollegen aus der Türkei stammen, ihnen also neben der Entlassung auch noch die Abschiebung droht. Unter diesen Bedingungen ist

die erfolgreiche Durchführung der Unterschriftenaktion ein schöner Erfolg. Auch konnte die Einschüchterungskampagne nicht verhindern, daß überall im Betrieb Kleber auftauchten mit der Aufschrift: Dieter muß bleiben!

In der RGO-Gruppe wurden 80 Mark zur Unterstützung von Dieter gesammelt. Die KPD/ML unterstützt weiter mit ganzer Kraft den Aufbau der RGO im Betrieb und der Gewerkschaft.

Es ist eine gute Sache, daß im Zuge des Kampfes gegen die fristlose Entlassung verschiedene Kollegen in die RGO eingetreten sind. Die Erkenntnis über die Notwendigkeit der RGO wird sich im Betrieb weiter durchsetzen, denn nur organisiert und im revolutionären Klassenkampf können wir etwas erreichen und unsere richtigen Forderungen durchsetzen.

Broschüren von hoher Aktualität



Eine interessante, aufschlußreiche Broschüre über Strauß. Sie behandelt die dunkle Karriere des F.J.S. vom Nationalsozialistischen Führungsoffizier zum Kanzlerkandidaten. Preis 2.— DM



Die Broschüre schildert die Anfänge der Aussperrung in Deutschland vor dem zweiten Weltkrieg und wie sie heute angewendet wird. Preis 1.80 DM



Diese Broschüre weist nach, was wirklich hinter der sogenannten Energiekrise steckt. Preis 1.80 DM

Bestellungen an Verlag Roter Morgen, Wellinghofer Str. 103, 46 Dortmund 30

Noble Herrschaften vor Gericht

Der Aufstand der Reichen

Volkskorrespondenz aus Hamburg

Wie in den meisten westdeutschen Großstädten wird auch in Hamburg die Wohnungsnot immer größer, die Mieten für die Werktätigen werden immer unerschwinglicher.

Nicht so für altgediente Staatsbeamten, die beim Zoll oder der Bundeswehr die allerhöchsten Ämter bekleidet hatten. In Hamburgs Nobelgegenden wie Blankenese, Flottbek, Othmarschen etc. ist ein regelrechter Aufstand ausgebrochen, weil den in luxuriösen Bundeswohnungen untergebrachten Staatsdienern a.D. die unverschämtesten Privilegien gestrichen werden sollen.

So hat der ausrangierte Flottenadmiral Schünemann bisher für 230 Quadratmeter

nur 665 Mark an den Staat gezahlt. Er soll jetzt 1 300 Mark zahlen. Voller Empörung ist er vor Gericht gezogen; mit ihm zog Ida Mayer, Witwe eines Luftwaffenleutnants, der sich wohl seine Meriten noch vor 1945 verdient hat. Sie bezahlte für 217 Quadratmeter lediglich 568,83 Mark und will, daß das auch so bleibt.

Drücken wir ihnen die Daumen, daß sie nicht am Ende Sozialhilfe beantragen müssen, die armen Teufel.

GEW-Landesvertreterversammlung in Münster

„Arbeitszeitverkürzung nur durch Kampfmaßnahmen erreichbar“

Volkskorrespondenz aus Oberhausen

420 Delegierte der Landesvertreterversammlung der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft beschäftigten sich vom 20. bis 24. Oktober in Münster mit aktuellen bildungspolitischen Problemen. Neben dem Thema „Gesamtschule“ war das Problem der Arbeitszeitverkürzung eines der wesentlichsten Punkte der Diskussion.

Das Problem der Arbeitszeitverkürzung brennt allen Lehrern auf den Nägeln; spätestens seit dem Stahlarbeiterstreik wurde vielen Kollegen klar, daß eine Arbeitszeitverkürzung für alle Arbeitnehmer, auch für die im öffentlichen Dienst, nicht mehr durch Bitten und Betteln, sondern durch konkrete Kampfmaßnahmen erreicht werden muß.

In den Bundesländern Hamburg, Hessen und Niedersachsen werden die gewerkschaftlich organisierten Lehrer und Erzieher am 13.11.79 landesweite Aktionstage für Arbeitszeitverkürzung durchführen. Sie werden auch das Mittel des Streiks während der Unterrichtszeit benutzen, um auf ihr Anliegen aufmerksam zu machen, obwohl von Seiten der Landesregierung dieses Mittel immer wieder für illegal erklärt wird.

Die Vertreterversammlung der GEW NRW hat sich mit den Kollegen in Hamburg, Hessen und Niedersachsen solidarisch erklärt und ruft zu einem Aktionstag am 13. November 79 auf. Er soll statt-

finden als Tag mit außerordentlichen Personalversammlungen, Kundgebungen und einer landesweiten Großveranstaltung um 18.00 Uhr in Herten. Alle Kollegen sind aufgerufen, sich daran zu beteiligen. Im Frühjahr 1980 soll dann ein Aktionsmonat für Arbeitszeitverkürzung in NRW stattfinden, in dem ähnliche Maßnahmen wie in Hamburg, Hessen und Niedersachsen durchgeführt werden sollen.

In der „GEW-Korrespondenz für Nordrhein-Westfalen“ heißt es unter anderem:

„Arbeitszeitverkürzung ist ein entscheidendes Mittel, um Kurzarbeit zu beseitigen und Arbeitslosigkeit zu verhindern. Arbeitszeitverkürzung bedeutet auch, daß weniger belastete Lehrer und Erzieher besser unterrichten können.“

Gleichzeitig mit der Verkürzung der Arbeitszeit hält die GEW eine Verbesserung der Arbeitsplatzbedingungen, insbesondere eine deutliche Senkung der Klassenfrequenzhöchstwerte, für unabdingbar.“

Veranstaltung der Volksfront

Recklinghausen

Schweigemarsch mit Fackeln zum 41. Jahrestag der „Reichskristallnacht“, 9. November, 18 Uhr, Abmarschplatz: Recklinghäuser Rathausplatz; Abschlußkundgebung: Platz der ehemaligen Synagoge (Finanzamt)

Veranstaltung der KPD/ML

Westberlin

Veranstaltung zum 35. Jahrestag der Befreiung Albanis, 18. 11. um 15 Uhr, Gesellschaftshaus Neukölln, Karl-Marx-Str. 131 (U-Bahnhof Karl-Marx-Str.); es wird ein Film gezeigt.

Bestellen Sie Informationsmaterial der KPD/ML

- ☐ Ich bitte um Zusendung weiterer Materialien der KPD/ML ☐ Ich möchte den „Roten Morgen“, das Zentralorgan der KPD/ML, abonnieren
- ☐ Ich bitte um Zusendung einer Probenummer des „Roten Morgen“ ☐ Ich möchte zu Veranstaltungen der KPD/ML eingeladen werden

Name:

Straße:

Plz./Ort:

Datum: Unterschrift:

Ausschneiden und einsenden an das Parteibüro der KPD/ML, Wellinghofer Straße 103, Postfach 30 05 26, 4600 Dortmund 30

Auf Einladung der Redaktion der albanischen Zeitung „Zëri i Popullit“, dem Zentralorgan der Partei der Arbeit Albaniens, bereiste ein Redakteur des „Roten Morgen“ sechs Wochen lang die Sozialistische Volksrepublik Albanien. Bewaffnet mit Notizblock, gespitztem Bleistift und schußfähigem Fotoapparat war er Gast bei Betriebsversammlungen, sprach er mit den Herren des Landes, den Arbeitern und Bauern, sammelte er Eindrücke über das Leben der albanischen Werktätigen, die nach eigenen Worten „leben und kämpfen wie im Belagerungszustand“.



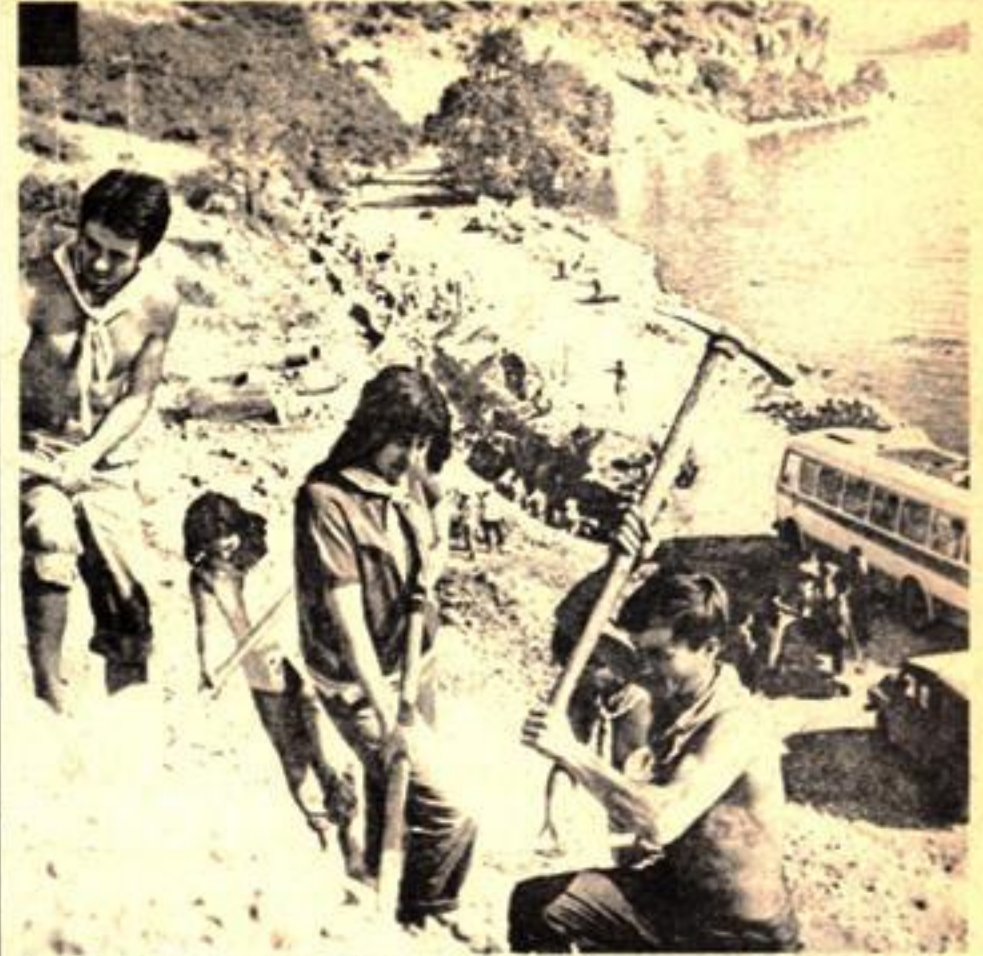
Reisereportage
SVR ALBANIEN

Vieles hier, so sagt sie, hat noch provisorischen Charakter. Das gilt auch für die Wirtschaft, die noch keine Erträge abwirft. Der Staat muß jedes Jahr noch große Summen vorschießen. Das bedeutet jedoch nicht, daß die Arbeiter hier schlechter stünden als anderswo. Sie bekommen den gleichen Lohn, wie er in den anderen Staatsfarmen auch gezahlt wird. Im Durchschnitt sind das 520 Lek pro Monat. Und im Vergleich: eine 2-Zimmer-Wohnung mit großer Küche kostet hier 24 Lek.

Später sitzen wir in dem kleinen Café, das im Erdgeschoß eines der Wohnhäuser eingerichtet ist. Zu uns ist auch die Sekretärin des Jugendverbandes gekommen. Was hat diese jungen Mädchen bewogen, hier auf dem Neuland zu bleiben? Es ist die Überzeugung, daß ihre Arbeit von großer Bedeutung für die Entwicklung des Landes

Linie durch die Berge selbst bestimmt. Hinter jeder Biegung der Straße öffnet sich aufs neue das Panorama einer Kette von hintereinander gestaffelten Berghängen, um die sich — eine über der anderen — bis hoch zum Gipfel Terrassen ziehen. Die rötlich-braune Erde auf den einzelnen, von aufeinandergetürmten Steinen eingefassten Streifen, trägt Zitronen- und Orangenbäumchen, manchmal auch Ölbäume.

Wir sind schon Stunden durch diese Gartenlandschaft über dem Meer gefahren, als wir auf dem höchsten Punkt einer weit in die Adria vorgeschobenen Bergnase haltmachen. Hier hat vor zehn Jahren Enver Hoxha auf einer Versammlung der Bauern gesprochen, und hier hat er die inzwischen sprichwörtlich gewordene Lösung ausgegeben: Machen wir die Berge fruchtbar wie die



Aktionisten bei der Arbeit. In ihren freiwilligen Einsätzen hat die albanische Jugend Land urbar gemacht und Eisenbahnlinien gebaut.

Dörfer der Jugend

Schnurgerade durch die Felder zieht sich die Straße von Fieri ans Meer. Halbhoch steht zu beiden Seiten der Weizen. Doch wächst er hier nicht so dicht und auch nicht so sattgrün, wie ich es anderswo gesehen habe. Und je weiter uns der Weg führt, desto ausgefranter sehen die Felder aus. Manche sind gar nur ganz schütter mit Unkraut bewachsen; und schließlich durchqueren wir weite Flächen, denen überhaupt jeder Bewuchs fehlt.

Traktoren ziehen hier ihre

häusern, mitten auf die weite flache Ebene gestellt. Beim Näherkommen sehe ich, daß an einigen dieser Häuser noch gebaut wird. Ein junges Mädchen begrüßt uns, sie ist Ökonomin der Staatsfarm. Hoxhara, so erfahre ich, ist nämlich keine Genossenschaft von Bauern, sondern eine Staatsfarm. Das bedeutet, Boden, Vieh, Gebäude und Geräte sind nicht Gruppeneigentum der hier produzierenden Menschen, sondern Volkseigentum. Und so sind

und für seine Menschen ist. Und es macht ihnen einfach Spaß, auf diesem salzigen Boden als Pioniere zu stehen, ihren Willen der Natur aufzuzwingen und zu sehen, wie sich dieser frühere Sumpf in Weizen- oder Baumwollfelder verwandelt. Nein, sie würden hier nie mehr weggehen wollen. Da machen sie, auch was ihre privaten Zukunftspläne betrifft, keinen Rückzieher. Die Genossin Ökonomin zum Beispiel hat einen Verlobten in Elbasan. Und es

Täler! Damals waren all die Hänge, die man hier überblicken kann, noch mit dem dichten Strauchwerk bewachsen, das die Franzosen den Maquis nennen. Überhaupt ist diese Gegend trotz ihrer Schönheit immer eine der ärmsten in Albanien gewesen. Zu Tausenden sind die Bauern vor dem Hunger ins Ausland geflohen.

Heute allerdings gibt es hier Probleme von geradezu entgegengesetzter Art; es werden nämlich ständig neue Arbeitskräfte in den Terrassen von Lukowa gebraucht. Das sagt uns ein Arbeiter von der Staatsfarm, der uns gemeinsam mit einer Gruppe von Jugendlichen hier oben auf dem Aussichtspunkt empfangen hat. Er nennt uns auch ein paar Fakten, zum Beispiel, daß sich auf dem Boden der heutigen Farm die Zahl der Zitrusbäume von 30 000 vor ihrer Gründung auf 220 000 jetzt erhöht hat. Und ähnlich ist auch die Zahl der Ölbäume vervielfacht worden.

Wie die Entsalzung des Bodens von Hoxhara, so ist auch die Terrassierung der Berge von Lukowa ein Werk der albanischen Jugend. Sie hat damals den Appell von Enver Hoxha aufgenommen, und seit 1969 haben nacheinander 45 000 Jungen und Mädchen auf diesen Hängen gearbeitet. Das sind die Aktionisten gewesen. Bei der albanischen Jugend ist es Brauch, daß man für einen Monat in jedem Jahr ein solches Aktionistenleben führt. Dann geht man hinaus auf die Baustellen der Straßen und Eisenbahnen oder eben aufs Neuland, mag es nun in der Ebene oder in den Bergen liegen.

Auf diese Weise leistet die Jugend einen wertvollen Beitrag beim Aufbau des Landes. Auf das Konto ihres Einsatzes geht zum Beispiel der Bau des gesamten Eisenbahnnetzes im Land, sie hat die Dörfer des Nordens mit Straßen verbunden, an der Errichtung des Stahlwerkes von Elbasan mitgewirkt und auch diese Terrassen in Lukowa angelegt. Wichtiger jedoch als der volkswirtschaftliche Nutzen dieser Aktion ist ein anderes Ergebnis, das sie haben. Sie dienen vor allem der Erziehung der Jugend. Jungen und Mädchen aus dem ganzen Land kommen zusammen, Schüler, Studenten, junge Arbeiter und Bauern. Gemeinsam packen sie ihre Aufgaben an, sie erleben die tiefe Befriedigung einer im Kollektiv verrichteten Arbeit und sehen das Ergebnis dieser Arbeit unter



Die Terrassen von Lukowa an der albanischen Riviera. Wo früher nur Buschwerk wuchs, stehen heute Öl- und Zitrusbäume.

ihren Händen wachsen.

Gemeinsam unternehmen sie auch die am Abend oder an den freien Tagen vom Jugendverband organisierten Freizeit-Aktivitäten. Sie lernen sich gegenseitig besser kennen, die Studenten die jungen Arbeiter und die Stadtjugend die Landjugend. Sie sprechen über ihre Erfahrungen und Probleme, diskutieren zusammen in den Versammlungen des Jugendverbandes und gemeinsam organisieren sie ihre Tanzabende, ihre Ausflüge oder Fußballspiele.

So sind die Aktionistenlager ein Schmelztiegel der Jugend aus den verschiedenen Regionen und Schichten des Landes; sie sind eine lebendige Schule, durchdrungen von revolutionärem Geist, von der die Jungen und Mädchen viele neue Erfahrungen wieder mit in ihr Alltagsleben nehmen. Kein Wunder also, daß die albanischen Jugendlichen um nichts auf der Welt darauf verzichten möchten, alljährlich zu ihren Aktionen aufzubrechen. Manche kommen sogar noch, wenn sie schon längst verheiratet sind. (Und meine Vermutungen gehen dahin, daß viele auch ihre spätere Frau oder ihren Mann im Aktionistenlager kennengelernt haben.)

Die Mädchen und Jungen, denen wir hier in Lukowa, hoch über dem Meer, begegnet sind, kommen aus der Nähe von Tirana. Sie arbeiten dort auf der Staatsfarm „Gjerg Dimitrow“, sind also Experten in der landwirtschaftlichen Arbeit. Sie erzählen uns, daß die Jugendlichen auch hier nach Mannschaften und Brigaden zusammengefaßt sind, wobei darauf geachtet wird, daß auch die Arbeitseinheiten aus jungen Leuten von verschiedener Herkunft zusammengesetzt sind. Und wie in den Fabriken oder auf den Feldern, so wählen sich auch hier die Mannschaften und Brigaden ihre Leiter. Das, so meinen die jungen Arbeiter von „Gjerg Di-

mitrow“, ist eine gute Gelegenheit, um mit Führungsaufgaben vertraut zu werden.

Ein Abend in Ksamil

Einige Tage später bin ich wieder in einem Jugenddorf zu Gast. Es ist Ksamil, südlich von Saranda, zwischen dem Meer und dem See von Burint gelegen. Wir sitzen abends vor dem Kulturhaus, das auf einem kleinen Hügel steht. Es wird gesungen, erzählt. Unter den Jugendlichen, die hier im Kreis sitzen, sind viele Aktionisten. Aber auch solche, die sich entschlossen haben, immer hier zu bleiben. Darunter auch ein junges Paar aus Skrapari, der Dreher Flammuri und seine Frau. Sie sind vor fünf Monaten angekommen und fühlen sich schon heimisch hier. Warum sie gekommen sind? „Es war im Grunde der Aufruf vom Genossen Enver“, sagt Flammuri, „der unsere Entscheidung bestimmt hat. Hier werden wir gebraucht und hier können wir auch etwas Neues schaffen.“

Einer der Jungen hat ein Akkordeon herangebracht. Ein neues Lied klingt durch den warmen Frühlingsabend. Unten der See verschwindet immer mehr in der Dämmerung. Auf der anderen Seite des Hügels leuchten aus einiger Entfernung die Lichter von Ksamil herüber. Es wird über die Erfolge bei der Rodung von Buschwerk und bei der Pflanzung von Zitrusbäumen gesprochen. „Da ist schon allerhand geschafft worden“, sagt Flammuri zu mir gewandt. „Das ist aber nicht alles, worin wir stark sind. Unsere Fußballmannschaft hier, die ist auch nicht von schlechten Eltern. Und bislang hat es Saranda nicht gewagt, gegen uns anzutreten.“

Im nächsten RM: Der Landarzt. Die medizinische Versorgung in einem albanischen Dorf.



Bahn, Pflüge hinter sich herziehend, die tief das Erdreich aufreißen und dunkel glänzende Schollen aufwerfen. Dort aber, wo der Pflug seine Arbeit getan hat, verliert die Scholle zusehends ihre dunkle Färbung. An der Oberfläche beginnt es weiß zu schimmern — Salz. Wir fahren durch Neuland.

In ihrem Bemühen, immer mehr Land fruchtbar zu machen, verwandeln die Albaner nicht nur Berge in Terrassenhänge, sie rücken auch der Küste zu Leibe. Dort, wo wir jetzt fahren, hat sich früher ein riesiges Sumpfgebiet erstreckt, das direkt mit dem Meer verbunden war. Der Sumpf ist zwar längst trockengelegt; solange jedoch aus dem Boden nicht auch das lebensfeindliche Salz herausgewaschen ist, kann man von ihm nicht sagen, daß er ganz dem Menschen gehört.

In der Ferne taucht das Dorf Hoxhara auf: eine Gruppe von großen mehrstöckigen Wohn-

auch die Produzenten keine Bauern, sondern Arbeiter. Wie ihre Kollegen in der Industrie bekommen sie ihren festen Lohn, den gesetzlichen Urlaub usw. Das Einkommen der Genossenschaftsbauern dagegen richtet sich ja nach den Erträgen, die sie erwirtschaften.

Wie die Ökonomin, so sind auch die anderen Menschen, denen wir hier in Hoxhara begegnen, durchweg sehr jung. Und das hat seine Gründe. Der Aufbau dieser Staatsfarm ist nämlich ein Werk der Jugend. Vor vier Jahren sind etwa 200 Jugendliche aus dem ganzen Land hierher gekommen, um mit dem Bau des Dorfes und der Urbarmachung des Bodens zu beginnen. Für die meisten war das nur ein Intermezzo; nach ein oder zwei Jahren sind sie wieder in ihre Städte und Dörfer zurückgekehrt. Manche aber sind geblieben, um für immer hier zu leben und zu arbeiten. Und zu diesen gehört auch die Ökonomin.

steht völlig außer Frage, daß sie beide nach der Hochzeit hier leben werden. Ähnlich ist es bei der Sekretärin des Jugendverbandes. Auch ihr Verlobter ist von auswärts, von Korça im Südosten des Landes. Und der junge Mann, den sie sich erwählt hat, ist in der Staatsfarm längst eingepflanzt und wird nicht nur von der Verlobten sehnlichst erwartet. Er ist nämlich aus dem landwirtschaftlichen Fach — ein Tierarzt.

Die Terrassen von Lukowa

Den Küstenstrich von Vlora nach Süden zu, bis Saranda, nennen die Albaner ihre Riviera. Die schmale Schotterstraße, die hier dem Schwung der ins Meer abfallenden Berge folgt, gibt den Blick frei auf kleine smaragdgrüne Buchten, die von schmalen Streifen hellen Sandes begrenzt sind. Die unvergleichliche Schönheit dieser Landschaft wird jedoch in erster



Textilfabrik in Südkorea: die dortige Textilindustrie hat die höchste Rationalisierungsquote der Welt.

Park Chung Hee vom eigenen Geheimdienstchef ermordet

Südkorea — Vorposten des USA-Imperialismus

Mit offenem Terror soll der strategische Stützpunkt gehalten werden

SEOUL.— Kaum waren durch die ganze Presse die Meldungen der Kämpfe in Pusan und Masan gegangen, kam zur Überraschung aller die Nachricht vom plötzlichen Ableben des Park Chung Hee. Wurde zunächst noch versucht, seine Liquidierung als private Streitigkeit hinzustellen, so ist inzwischen völlig klar und wird auch zugegeben, daß es sich um ein politisches Komplott handelte. Offensichtlich ging er seinen Leuten von der Korean Central Intelligence Agency (KCIA), des allmächtigen Geheimdienstes, nicht brutal genug gegen die Opposition aus allen Teilen der Bevölkerung vor.

Achtzehn Jahre und sechs Monate stand Park Chung Hee an der Spitze des Staats, der Republik Korea genannt wird. Republik, obwohl es keine Wahl zum Präsidenten gab. Republik, obwohl nach und nach die Führer aller, auch noch so gemäßiger, oppositioneller Parteien ins Gefängnis wanderten. Republik, obwohl seit dem Oktober 1972 das Notstandsgesetz regierte. In dieser langen Zeit hatte Hee drei Stützen: seinen KCIA, die US-Armee und die Unterstützung der Tokioter Militaristen.

Japan und die USA sind die beiden Länder, die die südkoreanische Wirtschaft völlig in den Händen haben. 50 Prozent der ausländischen Investitionen kommen aus Japan, 20 Prozent aus den USA. Jeweils etwa fünf Prozent aus den Niederlanden und der Bundesrepublik.

Die Finanzmagnaten aus New York und Tokio sind es auch, die am vielbeschworbenen südkoreanischen Wirtschaftswunder verdienen. 1978 wurde über eine Milliarde US-Dollar an Profiten ins Ausland getragen. Die Krumen, die dabei für die werktätige Bevölkerung abfallen, sind minimal. Bei einer 50-Stunden-Woche verdienen die Arbeiter rund 400 Mark monatlich. Dabei sind die Preise fast so hoch wie hier. Fast fünf Prozent der werktätigen Bevölkerung sind arbeitslos. Über 3 Millionen Bauern flüchteten in den letzten fünfzehn Jahren in die Städte, weil sie sonst verhungert wären. Die Inflationsrate wird von den ausländischen Kapitalisten mit rund 40 Prozent im letzten Jahr angegeben.

Der Aufschwung der Industrie Südkoreas wurde mit absoluter Rechtlosigkeit der Arbeiter erreicht. Streikverbot, Demonstrationsverbot, keinerlei Kündigungsschutz sind die auffallendsten Tatsachen.

Bezeichnenderweise sind vor allem die Bereiche Textil- und Schuhindustrie, elektrotechnische Teilprodukte und verschiedene chemische Erzeugnisse sehr stark vertreten, die wenig Ausbildung benötigen und viel Spielraum zur Rationalisierung haben. So wurde Südkorea eines der beliebtesten sogenannten Billiglohnländer. Zu-

mal da ganze Regionen — wie zum Beispiel die Stadt Masan, ein Zentrum der Kämpfe der letzten Woche, mit rund 200 000 Einwohnern eine der größten Städte des Landes — zu freien Produktionszonen erklärt wurden, in denen völlige Zoll- und Steuerfreiheit besteht und die Regierung faktisch keinerlei Hoheitsrechte hat.

Seit dem Militärputsch Park Chung Hees am 16. Mai 1961, knapp ein Jahr nach dem Sturz des Diktators Syngman Rhee, wurden mehr als 2000 Politiker oppositioneller Parteien als vermisst gemeldet. Viermal trat in diesen Jahren die Armee zur Säuberung der Universitäten an, was Hunderte von Studenten das Leben kostete. Die Notstandsgesetze, die 1972 von Hee erlassen wurden, wurden erst nachträglich durch eine Verfassungsänderung überhaupt legalisiert. Sie waren Hees Reaktion auf die Anfang der siebziger Jahre immer stärker werdende Opposition. Das Dekret Nummer 9 verbot jede Kritik an der Verfassung.

Die Entführung des Komunisten Isang Yun im Jahre 1967 durch den KCIA aus der Bundesrepublik, des Politikers Kim Dae Yung aus Japan im Jahre 1973 waren nur zwei der bekanntesten Fälle, in denen die über eine Million Auslands-koreaner vom Geheimdienst terrorisiert wurden.

Der koreanische Großkapitalist Moon, Multimillionär und Sektengründer der sogenannten Vereinigungskirche, dessen Firmen zu 10 Prozent der Waffenfabrikation dienen, ist der einzige einheimische Waffenproduzent. Ansonsten ist alles Kriegsmaterial US-amerikanisch. Alle Panzer, alle Flugzeuge, alle schweren Waffen. Im März 76 schlossen die USA mit Südkorea auch ein Atomabkommen. Die Bundesrepublik schloß im selben Jahr ein Militärabkommen mit Südkorea, zur Ausbildung von koreanischen Offizieren bei der Bundeswehr.

Der Grund für diese besonders brutale und offene Diktatur aber ist nicht allein das Billiglohnland Südkorea. Der Grund ist die strategische Lage des Landes, die schon immer in den Plänen der Großmächte

eine besondere Rolle spielte. Japan besetzte im Jahre 1910 ganz Korea, das erst nach dem Krieg, nach der japanischen Niederlage wieder selbständig wurde.

Südkorea wurde in dieser Zeit zu einer der militärischen Hauptbasen der US-Armee. Der berühmte KCIA wurde von seinem Namensvetter aus USA aufgebaut und organisiert, seine Spitzenbeamten sind bis heute nur solche, die in USA ausgebildet wurden. US-Präsident Carter versprach im Wahlkampf, alle US-Soldaten aus Korea bis 1981 heimzuholen. Kurz nach seiner Wahl verlängerte er diese Frist bis 1982. Anfang dieses Jahres gab das Pentagon aber bekannt, alle Abzugspläne seien eingefroren.

Tatsache war, daß bereits 1977, als alle Versprechungen angeblich noch galten, die Zahl der US-Soldaten im Lande um mehr als 2000 Mann erhöht wurde, daß die Zahl der Soldaten auch im letzten Jahr erhöht wurde. Tatsache ist, daß sich seit Carters Regierungsantritt die Militärhilfe der USA für Südkorea auf rund 2 Milliarden US-Dollar belief. Die US-Streitkräfte haben Besatzersstatus. In den Jahren von 1970 bis 1975 begingen US-Soldaten 3400 Straftaten gegen die Zivilbevölkerung. Kein einziger Fall kam vor ein koreanisches Gericht!

Jetzt, in letzter Zeit, wurde dies offen zugegeben. Während der großen Demonstrationen der letzten Wochen wurde die Verlegung neuer Marine- und Luftstützen öffentlich angekündigt. Anfang des Jahres, als die chinesischen Aggressionstruppen in Übereinkunft mit Washington Vietnam überfielen, war den US-Soldaten in Südkorea Alarmstufe befohlen worden.

Gerade in der neuen Allianz Washingtons mit Peking spielt die koreanische Halbinsel eine wichtige militäraktive Rolle. Deshalb können in Südkorea auch keine demokratischen Experimente geduldet werden, wie in anderen US-Kolonien.

Deshalb werden dort Reformen erst zugestanden werden, wenn sich der dreißigjährige Kampf des Volkes gegen die US-Regimes noch mehr verstärkt.

Der 191. Putsch in Bolivien

Neue Generäle — alte Politik in La Paz

Scheinheilige Distanzierung der USA

LA PAZ.— Kaum hatte der bolivianische Staatspräsident Walter Guevara vor der OAS-Konferenz in La Paz über die demokratischen Fortschritte seines Landes referiert, war er auch schon gestürzt. Der Kommandeur der bolivianischen höheren Militärakademie, Oberst Natusch, hat diesen neuen Putsch organisiert, den Präsidenten abgesetzt, das Parlament aufgelöst und eine „Politik gegen die wachsende Anarchie“ verkündet.

Bereits Freitag letzter Woche hatten die Putschisten, die zunächst behauptet hatten, eine Politik für die Arbeiter und Bauern zu machen, ihr wahres Gesicht gezeigt. Bei Demonstrationen des nationalen Gewerkschaftsbundes von Bolivien in La Paz und der zweitgrößten Stadt des Landes, Cochabamba, wurden sieben Demonstranten von der Polizei erschossen.

Das Ziel der Putschisten ist es, die sogenannten stabilen Verhältnisse, die bis letztes Jahr unter der siebenjährigen Diktatur des General Hugo Banzer geherrscht hatten, wiederherzustellen. Diese stabilen Verhältnisse hatten dazu geführt, daß die Profite der einheimischen und angloamerikanischen Zinnkönige um über 130 Prozent gewachsen waren.

Bolivien, das in den gewaltigen Andenkordillern unermessliche Bodenschätze an Zinn und anderen wichtigen und seltenen Rohstoffen wie Zink, Wolfram und Antimon besitzt, aber auch größere Erdölvorkommen in den Ebenen, war eines der ersten lateinamerikanischen Länder, die eine kapitalistische Gesellschaft entwickelten. Deshalb war in diesem Land auch schon seit Jahrzehnten eine starke Arbeiterbewegung vorhanden, deren Bestrebungen immer wieder in Blut erstickt wurden. Deshalb war Bolivien auch das erste südamerikanische Land, in dem es eine national organisierte Gewerkschaftsbewegung gab.

Bei jeder Parlamentswahl der letzten 40 Jahre erhielten in

diesem Land stets diejenigen Parteien die Mehrheit oder zumindest die meisten Stimmen, die Beinamen tragen wie sozialistisch, proletarisch, revolutionär. Das ist ein Hinweis auf die Wünsche der Bevölkerung.

Genau das aber ist auch der Grund für die zahllosen Putsche. Nach jeder dieser Wahlen gab es einen Putsch, spätestens ein Jahr danach. Und sobald einer dieser selbsternannten Führer Schwächen zeigte, war der nächste an der Reihe. Dabei ist aufschlußreich, daß die Mehrzahl der Putsche der letzten dreißig Jahre von dem jeweiligen Kommandanten der Militärakademie von La Paz organisiert wurden. Diese Militärakademie aber ist eine

Schöpfung der US-Armee, die sie bezahlte, aufbaute und bis heute faktisch auch leitet. Schon allein das zeigt, daß die angebliche Distanzierung der USA von dem neuen Putsch nur Heuchelei und ein taktisches Manöver ist.

Tatsache ist schließlich auch, daß die einheimischen Zinnkönige engstens mit den reichsten Finanzgruppen Britanniens und der USA zusammenarbeiten, daß die Rio Tinto Corporation aus London eine wichtige Rolle in der bolivianischen Wirtschaft spielt, daß auch die Exxon Corporation aus New York dort große Interessen in Erdöl und anderen Bodenschätzen hat.



Beim Putsch des faschistischen Generals Banzer 1971 gegen die Regierung Torres kämpften die Bergarbeiter mit Dynamit gegen die Armee. Sechs Tage hielten sie mehrere Städte unter Kontrolle.

Aus „Vanguardia Obrera“

Die KP Spaniens /Marxisten-Leninisten vor ihrem dritten Parteitag

Von den besten Wünschen der deutschen Kommunisten begleitet

MADRID.— Zum ersten Mal in ihrer 15jährigen Geschichte begeht die KP Spaniens/ML einen Parteitag als legale Partei. Das Zentralkomitee der Partei hat eine große Kampagne zur Vorbereitung dieses III. Parteitags organisiert. Mehrere grundsätzliche Dokumente wurden zur Diskussion gestellt, zahlreiche vorbereitende Versammlungen fanden statt.

In der Nummer 301 des Zentralorgans der spanischen Bruderpartei ist ein Artikel des Sekretärs des Zentralkomitees der Partei, Genossen Raul Marco, veröffentlicht, mit dem Titel „Verstärken wir die Vorbereitung des III. Parteitags“. Genosse Raul Marco zieht dort eine Bilanz der beiden Jahre seit dem letzten Parteitag, der Ereignisse in dieser Zeit, die dem Parteitag die Aufgaben stellen, die er zu lösen hat.

„In den zwei Jahren, die seit dem letzten Parteitag vergangen sind, hat die Partei verschiedene Anforderungen bestanden, sie mußte ihre Taktik (nicht ihre Strategie) der politischen Situation anpassen, die durch die „Bourbonen-Demokratie“ geschaffen wurde, durch den Verrat und die offene Mitarbeit der opportunistischen Führer. Wir mußten hart um unser Recht kämpfen, frei zu arbeiten, das uns nicht geschenkt wurde, um unser Recht, Republikaner zu sein, gegen die aufgezwungene Monarchie kämpfen. Wir mußten zwei Abweichungen korrigieren, die sich in unseren Reihen zeigten.“

Genosse Marco benennt diese Abweichungen: Diejenige,

überhaupt nicht öffentlich zu arbeiten, sich für total illegal zu erklären, und diejenige, sich für völlig legal zu erklären und keinerlei verdeckte Arbeit zu machen.

Genosse Marco betont, daß alle diese Anforderungen von der Partei erfolgreich erfüllt wurden, daß sich die Partei in diesem Kampf gestärkt hat, daß zahlreiche neue Kader herangebildet wurden, daß die ideologische Geschlossenheit der Partei weiter gewachsen ist.

Auch im internationalen Rahmen, so der Artikel, hat die spanische Bruderpartei erfolgreich gekämpft.

„Wir nehmen aktiv am Kampf zur Verteidigung der marxistisch-leninistischen Prinzipien teil, gegen die ‚Theorie der drei Welten‘ gegen die revisionistischen und verwirrenden Mao-Tse-tung-Ideen, für die Vertiefung und Verstärkung der Einheit der Marxisten-Leninisten der ganzen Welt in der Verteidigung der Prinzipien.“

Er betont den Kampf der spanischen kommunistischen Bruderpartei gegen den USA-Imperialismus, den sowjetischen Sozialimperialismus, den chinesischen Sozialimperialismus und jede Reaktion.

„Das bedeutet, daß unsere Partei, national wie international große Arbeit geleistet hat. Und diese Aktivität auf allen Gebieten hat uns große Erfahrungen und Lehren gebracht. Erfahrungen und Lehren, die wir auf dem Parteitag zusammenfassen müssen, wofür die Arbeit aller Organisationen und aller Kämpfer not tut, ob sie Delegierte sind oder nicht.“

Genosse Raul Marco schließt seinen Artikel mit den Worten: „Und unsere Partei, die Kommunistische Partei Spaniens/Marxisten-Leninisten, wird mit ihrem Parteitag ihren bescheidenen Beitrag zur großen Sache der Ausgebeuteten und Unterdrückten, der großen Familie der Marxisten-Leninisten aller Welt leisten — zur Revolution.“

Für unsere Partei, für uns deutsche Kommunisten, ist die reiche Bilanz und Erfahrung, mit der die spanischen Kampfgenossen zu ihrem Parteitag kommen, ein Grund zur Freude. Dieser III. Parteitag der KP Spanien/ML wird von unseren besten Wünschen begleitet für neue Siege und Erfolge im Kampf für die Föderative Volksrepublik Spanien.

SAN SALVADOR.— Die Menschenrechtskommission von El Salvador trat in den letzten Tagen gegen weltweite Pressemeldungen über nur einige Dutzend Todesopfer seit dem Sturz des Diktators Oberst Romero entgegen. Sie wies nach, daß seit dem Putsch vom 15. Oktober bereits mehrere hundert Menschen in Salvador den Tod fanden. Die neue Obristenjunta von Majano und Guiterrez geht mit brutaler Gewalt gegen die Opposition vor.

Neue Junta im Dienst des US-Imperialismus

Hunderte von Toten in Salvador

Nur die bürgerlichen Kräfte stützen die Obristen

Der Putsch gegen Romero sollte dazu dienen, die Lage im Lande zu beruhigen. Das gelang nicht. Sowohl die Streikbewegungen der Arbeiter, vor allem in der relativ weit entwickelten Chemieindustrie, als auch Landbesetzungen in verschiedenen Teilen des Landes, als auch die politischen Demonstrationen der Werktätigen und Studenten in den drei großen Städten gingen ständig weiter.

Das ist der wahre Grund dafür, daß immer mehr Menschen sterben müssen. Die Junta muß ihren Auftrag, für Ruhe im Land zu sorgen, erfüllen. In der letzten Woche wurden bei einem einzigen Armeeeinsatz auf einen Demonstrationszug mehr als 50 Menschen ermordet. Die Armee ging mit Panzerwagen und Maschinenwaffen vor.

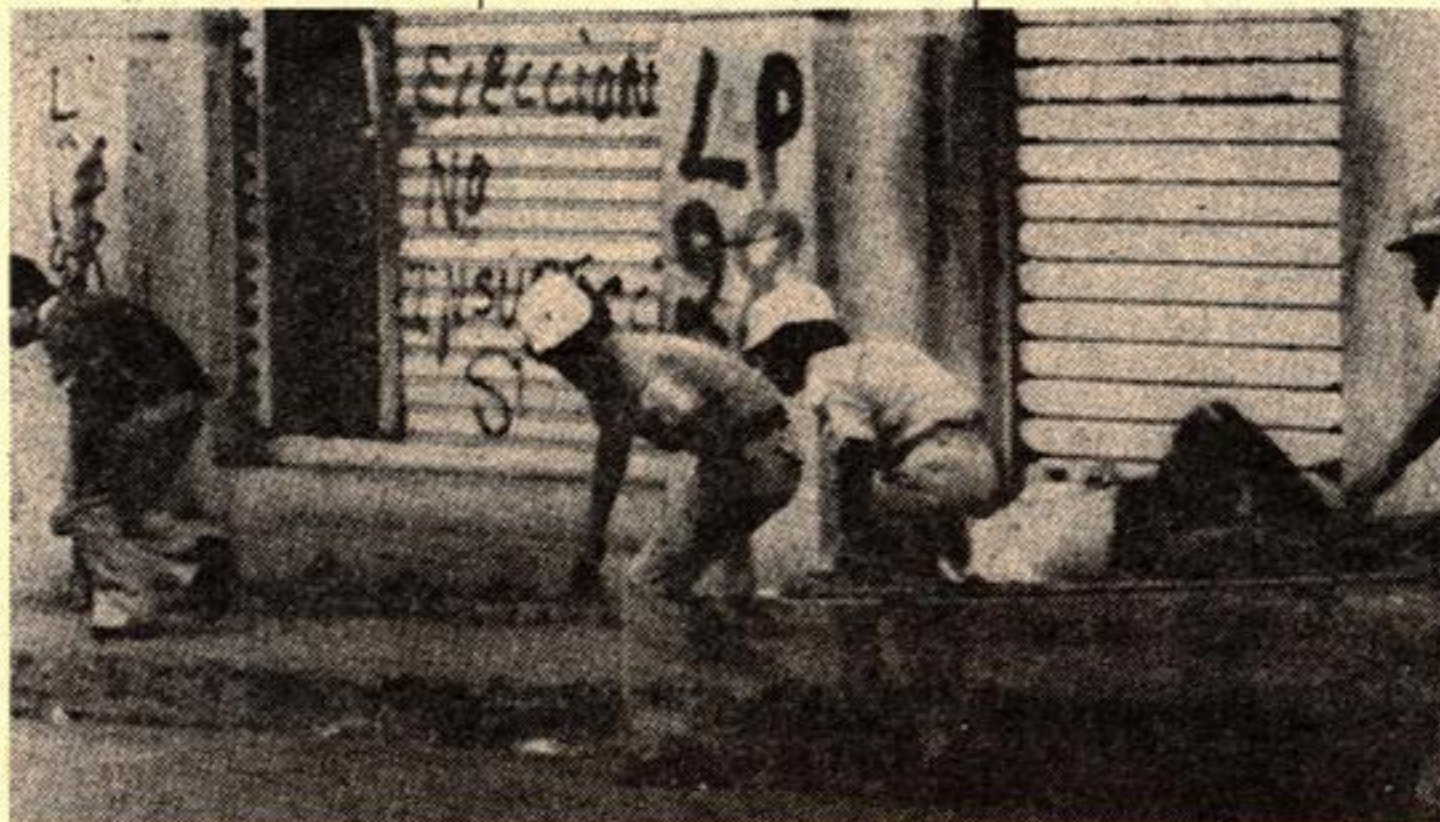
Die Zusammensetzung der neuen Junta zeigt ihre Ziele sehr deutlich. Neben den beiden führenden Obristen gehören der Junta an: Guillermo Ungo, Führer des sozialdemokratischen Movimiento Nacional Revolucionario, Ramon Mayorca, Rektor der Universidad Centroamericana, und der Großunternehmer Mario Andino. Das sind Kräfte, die sich aus dem sogenannten Forum Popular rekrutieren, einer

Bewegung, die von den Reichen im Lande organisiert wurde, als Alternative zu Romero.

Geleitet wird dieses Forum von der salvadorianischen Handelskammer, deren Vertreter Andino ist. Gestützt wird es von zwei Parteien: der sozialdemokratischen MNR und der Democracia Cristiana. Diese beiden Parteien und verschiedene Vertreter der Privatwirtschaft bilden auch das sogenannte Kabinett.

Unterstützt wird die neue Obristenjunta aber auch von der revisionistischen KP Salvadors, die im Kabinett den Arbeitsminister stellt. Diese Partei hat sich so ebenfalls offen gegen die Bewegungen des Volkes gerichtet und an der Seite der Reaktion ihren Platz bezogen.

Diese Kräfte stellen sich den im Volk breit erhobenen Forderungen entgegen, die das Verlangen nach wesentlich höheren Löhnen, nach Freilassung aller politischen Gefangenen und der Auflösung der terroristischen Armeesondergruppen zum Ausdruck bringen. Aber es wird immer offensichtlicher, daß es ihnen nicht gelingt, die Bevölkerung vom Kampf um ihre Forderungen abzuhalten. Deshalb benutzen sie offenen Terror.



Verwundetentransport. Eine Momentaufnahme der Straßenkämpfe in der Hauptstadt San Salvador. In den letzten Oktobertagen gab es dort massive bewaffnete Auseinandersetzungen gegen die Streitkräfte der neuen Obristenjunta.

Indien: Polizei ermordet 60 streikende Arbeiter

FARIDABAD.— Seit mehreren Wochen befinden sich Zehntausende von Arbeitern aus Maschinenbau- und Textilfabriken in der indischen Stadt Faridabad, im Bundesstaat Harjana, im Streik für höheren Lohn. Jetzt wurde bekannt, daß bei einem bewaffneten Polizeiüberfall auf eine Demonstration der Streikenden am 17. Oktober mehr als 60 Arbeiter erschossen wurden.

Dies wurde von einer eigens dafür eingesetzten staatlichen Kommission bestätigt. In ihrem Bericht bestätigt sie auch, daß über 150 Menschen seit dem Polizeiüberfall verschwunden sind. Die Kommission selbst bestätigt zahlreiche Vorwürfe aus der Öffentlichkeit und der Presse, nachdem die Polizei eine gewalttätige Auseinandersetzung bewußt provoziert habe und anschließend mit größter Brutalität vorgegangen sei.

Daß die Kommission, die von der Regierung eingesetzt wurde, diese Vorwürfe bestätigt, ist nichts anderes als ein Versuch, die Verantwortung für das Massaker auf untergeordnete Stellen abzuwälzen. Es ist bekannt, und wird selbst in der westlichen Presse zugegeben, daß die Regierung selbst massiveren Einsatz der Polizei angeordnet hat.

Das war die Reaktion der herrschenden indischen Kreise und ihrer verschiedenen politischen Cliquen auf die zunehmenden Kämpfe der indischen Arbeiter in den letzten Wochen.

1979 wurde schon jetzt in Indien seit langem das streikreichste Jahr.

„Betrachtungen über China“, Band II erschienen

TIRANA.— In den letzten Tagen erschien der zweite Band der Auszüge aus dem politischen Tagebuch des Genossen Enver Hoxha *Betrachtungen über China*. In diesem Band wird die Entwicklung der chinesischen Politik in den Jahren 1972 bis 1977 analysiert.

Genosse Enver Hoxha unterzieht in seinen „Betrachtungen“ die verschiedenen Entwicklungsstadien der chinesischen Außen- und Innenpolitik einer marxistisch-leninistischen Kritik. Dabei wird die reaktionäre Stoßrichtung, der reaktionäre Charakter der chinesischen Politik immer deutlicher. Verschiedene Erscheinungen, die schon in den Jahren zuvor aufgetreten waren und kritisiert wurden, werden jetzt viel deutlicher, werden jetzt die Hauptsache an der chinesischen Politik.

So stellte Genosse Enver Hoxha anlässlich des Besuchs von Henry Kissinger, der „grauen Eminenz“ der nordamerikanischen Außenpolitik, in Peking fest: „China hat seinen Kurs gegenüber den Vereinigten Staaten von Amerika geändert. Sie nennen die Sowjetunion den Hauptfeind, während sie die USA freundlich behandeln. Warum? Was haben sie für strategische und taktische Pläne? Sie sagen nichts dazu.“

Wie der erste, so ist auch der zweite Band der *Betrachtungen über China* voller Tatsachen, die den reaktionären chinesischen Kurs entlarven. Sei es der Bericht darüber, wie die albanische Partei- und Staatsführung dem chinesischen Druck widerstanden, eine Allianz mit dem Rumänien Ceauscescu oder mit dem Jugoslawien Titos einzugehen, seien es die Tatsachen über die chinesisch-rumänische Zusammenarbeit und vieles andere

mehr: alles wird ausgehend vom Kampf für die soziale Befreiung der Werktätigen untersucht, dargestellt, kritisiert und verworfen.



Aus dem Inhalt: • Die Haltung der KP Chinas im Kampf gegen den Chruschtschow-Revisionismus • Die Beurteilung der Kulturrevolution • Die Haltung der KP Chinas zur marxistisch-leninistischen Weltbewegung und zu ihrer „Bruderpartei“, der PAA • Die Rolle Mao Tse-tungs und anderer Führer der KP Chinas • Die Annäherung an den US-Imperialismus 800 Seiten, 14 DM, Bestellungen an: Verlag Roter Morgen, 46 Dortmund 30, Postfach 300 526

Immer häufiger werden in diesem Buch auch die Notizen über solche Vorfälle, an denen nach außen die Differenzen der albanischen und der chinesischen Partei sichtbar wurden.

Schließlich weist Enver Hoxha in seinem Buch auch nach, daß es sich bei der Hua/Deng-Clique nicht um irgendwelche legitimierte Führer einer Partei handelt, sondern um bloße Putschisten, die die Parteiführung, ohne Rücksicht

auf irgendwelche Instanzen im Wege der Organisation eines Militärputsches an sich rissen.

Auch was die Person Mao Tse-tung betrifft, so wird die Haltung der Partei der Arbeit Albaniens zu seinem Tun immer klarer. War noch in jenen Jahren, die im ersten Band behandelt werden, zu bemerken, daß die albanischen Kommunisten Hoffnungen darauf setzten, Mao könne möglicherweise für eine richtige Linie kämpfen und sogar erfolgreich kämpfen, so überzeugen sie sich jetzt anhand der wirklichen Entwicklung immer mehr davon, daß auch Mao Tse-tung kein Marxist-Leninist ist, sondern gegen den Marxismus-Leninismus handelt.

Auch dieser zweite Band ist nicht nur äußerst lehrreich und spannend für Kommunisten und Revolutionäre. Diese können sich an diesem Buch eine wirklich korrekte Vorgehensweise in der Analyse neuer Entwicklungen aneignen. Aber es ist auch für solche Menschen interessant, die allgemein ein Interesse an Weltpolitik haben, die Beweggründe und Strategie der Großmächte verstehen wollen.

Auch dieser zweite Band der „Betrachtungen“ ist ein Beweis für die klare und konsequent revolutionäre Politik der Partei der Arbeit Albaniens.

Auszüge werden gegenwärtig über Radio Tirana veröffentlicht. (Sendezeiten siehe Kasten auf dieser Seite) (Erscheint demnächst in deutscher Sprache).

Teilamnestie erkämpft

Brasilianische Kommunisten kommen aus dem Exil zurück

Politische Parteien bereiten sich auf den weiteren Kampf vor

RIO DE JANEIRO.— Großes Aufsehen in der ganzen Welt- und in der brasilianischen Presse erregt in diesen Tagen die Rückkehr zahlreicher Persönlichkeiten der demokratischen Opposition nach Brasilien. Das Militärregime hatte aufgrund des jahrelangen Kampfes immer breiterer Teile des brasilianischen Volkes eine Teilamnestie zugestehen müssen. Unter den heimkehrenden sind auch die Genossen AMAZONAS und ARRUDA, Führer der KP Brasiliens.

Die zugestandene Teilamnestie ist einer der verschiedenen Schritte, die die brasilianischen Generäle auf Befehl ihrer nordamerikanischen Oberherren unternehmen, um ihre Situation zu normalisieren.

Der Kampf um Amnestie war in den letzten Jahren die zentrale politische Forderung aller demokratischen Kräfte gewesen. Dieser Kampf, so kündeten zahlreiche Vertreter der oppositionellen Kräfte an, werde auf jeden Fall weitergehen, da das Ziel die völlige Amnestie aller politischen Gefangenen sei, auch derjenigen, die wegen angeblichem Terrorismus verurteilt wurden.

Ein weiterer dieser Schritte ist die Legalisierung oppositioneller Parteien. Staatlich gefördert wird die Bildung einer sozialdemokratischen Partei unter Führung Lionel Brizolas sowie die Bildung einer katholischen Partei der Arbeit unter Führung des bekannten Gewerkschaftsfunktionärs Lula. Erwogen wird auch eine Legalisierung der revisionistischen Partei von Luis Carlos Prestes. Dieser

Schritt soll nach den Plänen der Militärs natürlich auch dazu dienen, die Opposition, die in der legalen MDB-Partei wirkt, allmählich zu spalten. Angesichts dieser Situation hat die KP Brasiliens alle Kräfte aufgerufen, für eine einheitliche Oppositionsbewegung zu kämpfen, für den Sturz der Militärdiktatur.

Auch an der Entwicklung in Brasilien zeigt sich die neueste Taktik der USA-Imperialisten, von ihren diktatorischen Statthaltern Reformen und Zugeständnisse zu verlangen oder aber sie durch angeblich neue Kräfte zu ersetzen. Diese Pläne werden dann scheitern, wenn es gelingt, einen wirklichen einheitlichen Kampf gegen die Militärdiktatur Brasiliens, der in den letzten Jahren immer mehr herangewachsen ist, zu führen.

Venezuela: 250000 Arbeiter demonstrieren für mehr Lohn

CARACAS.— In ganz Venezuela demonstrierten in der vergangenen Woche mehr als eine viertel Million Arbeiter für eine Lohnerhöhung um 40 Prozent. Sie folgten einem Aufruf der Gewerkschaft CTV.

Die rasante Teuerung in Venezuela geht allein auf die Kosten der werktätigen Bevölkerung. Deshalb fordern die Arbeiter jetzt eine angemessene Lohnerhöhung, um die bisherige Teuerung auszugleichen, und ein Gesetz zur automatischen Anpassung der Löhne an die Preise.

Mit ihrem Demonstrationsaufruf im ganzen Land hatte die CTV der Regierung ein Ultimatum gestellt, auf diese Forderungen zu antworten, und andererseits die Kräfte für einen Generalstreik gesichert. Allein in der Hauptstadt Caracas folgten über 100000 Menschen dem Aufruf.

Sowohl in Caracas als auch in Carabobo kam es dabei zu bewaffneten Auseinandersetzungen mit der Polizei. In Caracas schlugen die Demonstranten einen bewaffneten Überfall der Polizei zurück. Es gab Tote auf beiden Seiten.

Folter in Lateinamerika

LA PAZ.— Bei ihrer Tagung in der bolivianischen Hauptstadt La Paz mußte die Organisation amerikanischer Staaten, eine von den USA geführte ständige Konferenz panamerikanischer Regierungen, in der Öffentlichkeit zugeben, daß in ihren Mitgliedsländern gefoltert wird.

In Uruguay, Paraguay und Chile, so bestätigte ein Bericht der inneramerikanischen Menschenrechtskommission, wurden im Laufe des Jahres 1978 mehrere hundert Menschen gefoltert. Weit über 100 der Gefolterten starben an den Folgen ihrer Qualen. Die Menschenrechtskommission betonte dabei ausdrücklich, daß es sich bei den Opfern um politische Gegner der jeweiligen Regimes handelt, die ihrerseits unterschiedlichen politischen Richtungen angehörten.

Aus Paraguay wurde erst vor kurzem, durch verschiedene Presseorgane, eine neue Foltermethode der Schergen des General Stroessner bekannt: Gefangenen wurde mit dem Beil Stück für Stück von Armen und Beinen abgehackt!

HÖRT RADIO TIRANA

UHRZEIT	1. Programm	WELLENLÄNGE	
13.00-13.30	9350 kHz	32,08m	KW
	7300 kHz	41,10m	KW
14.30-15.00	9350 kHz	32,08m	KW
	7300 kHz	41,10m	KW
16.00-16.30	9350 kHz	32,08m	KW
	7300 kHz	41,10m	KW
18.00-18.30	9350 kHz	32,08m	KW
	7300 kHz	41,10m	KW
19.00-19.30	7300 kHz	41,10m	KW
	5945 kHz	50,46m	KW
	1394 kHz	215m	MW
21.30-22.00	7300 kHz	41,10m	KW
	5945 kHz	50,46m	KW
	1457 kHz	206m	MW
23.00-23.30	7300 kHz	41,10m	KW
	5945 kHz	50,46m	KW
	1457 kHz	206m	MW
06.00-06.30	7300 kHz	41,10m	KW
	5945 kHz	50,46m	KW
	1394 kHz	215m	MW



Niko Hübner

Freiheitsheld aus der Retorte

Langsam platzt der Lack ab. Unter dem vor allem von der Springer-Presse aufgepolierten Image vom „jugendlichen Freiheitskämpfer“ kommt langsam der wahre Kern zum Vorschein: Niko Hübner, politischer Analphabet und gescheiterte Existenz, ein Fruchtkuchen, das von seinen reaktionären und revanchistischen Gönnern in seine Heldenrolle hochgepöppelt und hochgestoßen worden ist.

Als Niko Hübner, von den DDR-Behörden aus der Haft entlassen, in der Bundesrepublik ankam, fiel auf, daß dieser „Kritiker“ auf Fragen von Journalisten nicht viel mehr als ein hilfloses Stammeln zuwege brachte. Nun gut, die Aufregung, hieß es. — Doch auch als sich die Aufregung längst gelegt hatte, blieb das Stammeln. „Wolfgang, sag' du das!“ — so pflegte Hübner schwieriger und vor allem politische Fragen an seinen Manager Wolfgang Mleczkowski weiterzugeben. Selbst die reaktionäre Zeitschrift *Quick* bestätigte dies ungewollt in einem Lobartikel auf Hübner: „Es klingt ein wenig auswendiggelernt, wie vieles, was Niko Hübner in diesen Tagen sagt. Und er schaut immer wieder hilflos zu Wolfgang Mleczkowski, wenn er auf eine Frage antworten soll.“

Mleczkowski ist in der Tat der richtige Adressat für alle Fragen, die Hübner betreffen. Wolfgang denkt, Wolfgang weiß, Wolfgang sagt, Wolfgang macht — so wie er vermutlich alles gedacht und gemacht hat: die „intellektuellen Analysen“, die „scharfgeschliffenen Kritiken“, die „Kampagne“ — kurz den ganzen „Freiheitshelden Niko Hübner“.

Mleczkowski ist Aktivist der schwarzen *Gesellschaft für Menschenrechte*. Er kennt Hübner bereits aus der Zeit, als er selbst noch in der DDR gelebt hat. 1975 nach Westberlin ausgesiedelt, hielt er weiter Verbindung mit Niko Hübner. Er muß geahnt haben, daß sich aus Hübner, dieser schon in jungen Jahren verkrachten Existenz aus gutneubürgerlichen SED-Funktionärshäusern, noch würde ein politisches Kapital schlagen lassen.

Die Gelegenheit ergab sich bald. Am 23. Dezember 1977 schrieb Mleczkowski an die *Gesellschaft für Menschenrechte*: Man dürfe linken Kritikern wie Rudolf Bahro und Wolf Biermann nicht das Feld überlassen, sondern müsse ein „rechtes Gegengewicht“ schaffen. — Und Mleczkowski hatte sein „rechtes Gegengewicht“ Hübner zur Hand.

Mit Mleczkowski und seiner „Menschenrechtsgesellschaft“ im Rücken trat im Frühjahr

1978 in Ostberlin Niko Hübner als Wehrdienstverweigerer auf die Bühne. Hübner wurde verhaftet und zu fünf Jahren Gefängnis verurteilt. Im Westen, wo sonst über das Schicksal der vielen namenlosen und vor allem kommunistischen Regimegegner kaum berichtet wird, erregte Hübners Fall sofort ungewöhnliche Resonanz. Die *Bild*-Zeitung kürte den „jungen Freiheitskämpfer“ zu ihrem Liebling; es verwendete sich für ihn der Erdnußgauner und Prediger der Dollar-Menschenrechte, Jimmy Carter. Der antikomunistische Kreuzritter Löwenthal behandelte Hübners Fall in seinem *ZDF-Magazin* und die CDU/CSU-hörige *Deutschlandstiftung* verlieh ihm den mit 10000 Mark dotierten Friedenspreis; Franz Josef Strauß nahm die 10000 Mark einstweilen in Verwahrung. Und bei all dem reaktionären Geschiebe fehlte natürlich auch die eine nicht: die *Rote Fahne*, Christian Semmlers parteichinesisches Blatt. „Exklusiv“ berichten durfte allerdings die *Rote Fahne* nicht. Die Exklusivrechte erwarb ein anderes „antihegemonistisches“ Druckwerk: *Bild am Sonntag*.

Das einschlägige Interesse an Niko Hübner hatte einen bestimmten Grund: Hübner hatte seine Wehrverweigerung hochpolitisch begründet, hatte sich auf den entmilitarisierten Status von Groß-Berlin berufen. Das war genau das, wonach die westdeutschen Revanchisten, die Ostlandritter und die Ostzoneneinverleiber, lechzten: Niko wurde ihr „deutscher Freiheitsheld“, ihr Kämpfer gegen den Kommunismus. Niko Hübner, wenn es ihn nicht gegeben hätte, Strauß, Löwenthal, Springer und Konsorten hätten ihn erfinden müssen.

Ihren Höhepunkt erreichte die schwarze Begeisterung für Hübner, als dieser kurz nach seiner Ankunft im Westen (mit Blick auf seinen Manager Wolfgang Mleczkowski) erklärte: Im Osten habe er zwar den Wehrdienst verweigert, im Westen aber sei er selbstverständlich zum Wehrdienst bereit, denn die Freiheit...die Freiheit... („Wie war das gleich, Wolfgang?“) ...ach ja, die Freiheit

ist verteidigungswürdig.

Hübners Triumphzug in den Westen wurde jedoch gleichzeitig der Beginn seines Absturzes aus den Höhen des „deutschen Freiheitskämpfertums“. Die Herren Reaktionäre sahen und hörten nun leibhaftig, was sie da eingekauft hatten. Sie hatten in der Retorte einen Helden gezüchtet und nun zeigte sich, daß sie schlechtes Material verarbeitet hatten. Hatte sich denn in der ganzen DDR nichts Besseres für ihre Zwecke auftreiben lassen?

Da steht nun die *Bild am Sonntag* da mit ihrem Exklusivbericht in Fortsetzungen („Niko Hübners Lebensgeschichte. ...Die bitterste Qual: Niemals ein menschliches Wort!“). Und Moderator Richard Löwenthal gesteht kleinlaut: „Ich will aus dem Fall das Beste machen, was noch zu machen ist.“ Und wenn schon Löwenthal so etwas sagt, dann ist das gar kein gutes Zeichen. Fehlinvestition! Ausgespuckt wird er werden, der Held Niko, wie ein Kirschkern, vom dem das Fleisch ab ist.

„Wolfgang, sag' du was“...



Niko Hübner wurde von reaktionären und revanchistischen Gönnern systematisch in eine Rolle als Freiheitskämpfer gegen den Kommunismus hochgepöppelt. *Bild am Sonntag* druckt in mehreren Fortsetzungen exklusiv seine Lebensgeschichte. Unter anderem veröffentlichte die Zeitung obiges Foto mit folgendem Text: „Ein symbolhaftes Foto: Niko Hübner vor der Berliner Siegessäule. Durch seinen Mut und seinen unbeugsamen Willen wurde er zum Vorbild für Millionen jungen Menschen.“ — Ein Vorbild? Danke!

Der Selbstmord des französischen Arbeitsministers

„Gewisses politisches Milieu“

Am Dienstag vergangener Woche beging der französische Arbeitsminister Robert Boulin Selbstmord. Unverzüglich suchten nun Frankreichs führende Politiker Boulins Tod der Presse in die Schuhe zu schieben und damit aus dem Selbstmord politisches Kapital zu schlagen. Sie griffen jedoch daneben. Boulin spielte seinen politischen Freunden noch im Tode einen Streich: Er hinterließ Abschiedsbriefe.

Dabei hatte Boulins Selbstmord den Politikern zunächst nicht schlecht ins Konzept gepaßt. Denn dem Tod Boulins waren Vorwürfe in der Presse vorausgegangen: Er habe sich an unsauberen Grundstückskäufen beteiligt und ein Grundstück bei St. Tropez weit unter dem angemessenen Preis erworben. — Es sah zunächst so aus, als habe sich Boulin nur durch Selbstmord den Anschuldigungen entziehen können. Darauf wiesen die verantwortlichen Politiker immer wieder hin; sie präsentierten dies als den Beweis, daß eine entfesselte Presse durch gewissenlose Enthüllungen arme Politiker in den Tod hetzt. Der Parlamentspräsident Chaban-Delmas sprach gar von

„Mord“. Giscard d'Estaing — selbst in arger Bedrängnis durch die Geschichte mit den Bokassa-Diamanten — prangerte mit empörten Worten die Presse an: „Diese Methoden sind Frankreichs und der Demokratie unwürdig.“ Die Stunde der Abrechnung mit der Presse schien gekommen.

Da kamen die Abschiedsbriefe. Sie kamen verspätet, denn Boulin hatte sie per Post geschickt. In den Briefen vermied es Boulin, der Presse die Alleinschuld an seinem Selbstmord zu geben. Vielmehr beschuldigte er ein „gewisses politisches Milieu“, von dem „leider meine eigenen Freunde nicht ausgenommen sind“.

Besonders machte er dem amtierenden gaullistischen Justizminister Alain Peyrefitte schwere Vorwürfe, der sich „mehr um seine Karriere als um den reibungslosen Ablauf der Justiz kümmere“.

Und damit hatte die französische Republik zu ihren zahllosen Affären eine Handvoll neue. Wobei die Art, wie die Regierenden den Tod ihres Kollegen für ihre Zwecke auszuschlachten versuchten, nicht der geringste Skandal ist. Die französische Presse mag nach Herzenslust zuschlagen; solange sie auf Regierungsangehörige einschlägt, trifft sie auch mit verbundenen Augen immer einen Richtigen.



Samstag, 10. November, 20.20 Uhr, Bayern III
Karl Valentin und Liesl Karlstadt: Die Orchesterprobe

Samstag, 10. November, 21.15 Uhr, Hessen III

Keine Kameraden. Dokumentarfilm über die Hitler-Wehrmacht und die NS-Vernichtungspolitik. — Die Fakten sind seit den Nürnberger Prozessen bekannt, zur Kenntnis genommen werden sie aber kaum: die Umstände des Massenmords an sowjetischen Kriegsgefangenen. Nahezu 60 Prozent von ihnen — drei Millionen — haben die Gefangenschaft nicht überlebt. Die Vernichtungsaktionen waren jedoch nicht nur Sache der SS und der Einsatzgruppen des SD. — Der Film untersucht die Rolle der Wehrmacht.

Montag, 12. November, 22.55 Uhr, Nord III

Der Kaufmann von Berlin. Tragikomödie von Walter Mehring. Die satirisch-revuehafte Abrechnung mit dem Raubzug der Großbourgeoisie am deutschen Volk in der Inflationszeit wurde 1929 von Piscator inszeniert und provozierte einen Skandal durch die SA. Mehring, ein linksbürgerlicher Schriftsteller, gehörte zu den Warnern vor der faschistischen Gefahr.

Mittwoch, 14. November, 21.45 Uhr, Hessen III

Grundausbildung. Dokumentarfilm von Frederik Wiseman, USA 1971. Der Film zeigt die Rekrutenausbildung in Fort Knox, Kentucky, Offiziere und Unteroffiziere drillen die „Neuen“ auf den Umgang mit Bomben, Minen, Gewehren und Bajonetten, erziehen sie zu unbedingtem Gehorsam, zu willfährigen Instrumenten der imperialistischen Armee.

Donnerstag, 15. November, 20.15 Uhr, West III

Christoph Columbus oder die Entdeckung Amerikas. Komödie von Walter Hasenclever und Kurt Tucholsky. Die beiden Autoren — es ist Tucholskys einziges Theaterstück — stellen ein Kapitel der Weltgeschichte so dar, wie es nicht in den Schulbüchern steht.

Abonniert das Zentralorgan der KPD/ML!

Verlag
Roter Morgen
Postfach 30 05 26

4600 Dortmund 30

Hiermit bestelle ich:
Abonnement ab Nr.

☐ für 1 Jahr ☐ für 1/2 Jahr ☐ Probennummer

Name:

Straße:

Plz./Ort:

Datum: Unterschrift:
(Bitte deutlich in Druckbuchstaben schreiben)

Die Zahlung erfolgt:

☐ jährlich DM 60.- ☐ halbjährlich DM 30.-

Die jeweiligen Gebühren werden mit Erhalt der ersten Lieferung per Nachnahme eingezogen. Das Abonnement verlängert sich jeweils um 1 bzw. um 1/2 Jahr, wenn es nicht einen Monat vor Ablauf gekündigt wird (ausgenommen sind Geschenkabonnements). Kündigungen, die nach dieser Frist eingehen, werden nicht berücksichtigt.



Parteibüros der KPD/ML und Kontaktmöglichkeiten zur Partei

Die Parteibüros sind Kontaktstellen der KPD/ML und der Roten Garde, Jugendorganisation der KPD/ML. Hier sind sämtliche Veröffentlichungen der Partei zu bekommen.

4800 BIELEFELD 1, Parteibüro der KPD/ML, Schildescher Str. 53, geöffnet: Mi 17-18, Do 17-18.30, Sa 10-12 Uhr.

4630 BOCHUM, Parteibüro der KPD/ML, Dorstener Str. 86, Tel.: 0234/51 15 37, geöffnet: Do 16-18.30 Uhr.

2800 BREMEN (Walle), Buchladen „Roter Morgen“, Walle-Heerstr. 70, Tel.: 0421/39 38 88, geöffnet: Mo-Fr 17-18, Sa 10-12 Uhr.

6100 DARMSTADT, Kontaktmöglichkeit zur Partei: Buchladen „Neue Zeit“, Kasinostr. 55, geöffnet: Di, Do u. Fr 16-18.30, Mi 12-13.30, Sa 10-13 Uhr.

4600 DORTMUND 1, Parteibüro der KPD/ML, Stollenstr. 12, Eingang Clausthaler Str., Tel.: 0231/83 23 28, geöffnet: Mo-Fr 17-19 Uhr.

4100 DUISBURG 11 (Hamborn), Kontaktmöglichkeiten zur Partei: „Bücherstube“, Alleestr. 49, Tel.: 0203/55 06 23, geöffnet: Mo-Fr 15-18.30, Sa 9-13 Uhr.

6000 FRANKFURT (Bockenheim), Kontaktmöglichkeit zur Partei: Buchhandlung Richard Dröge, Kurfürstenplatz 84, Tel.: 0611/77 12 00, geöffnet: Mo-Fr 10-13.30 und 14.30-18.30, Sa 9-13 Uhr.

7800 FREIBURG, Parteibüro der KPD/ML, Klarastr. 29, geöffnet: Di und Do 17-19, Sa 10-13 Uhr.

2000 HAMBURG 6, Buchladen „Roter Morgen“ Schulterblatt 98,

ZENTRALKOMITEE DER KPD/ML REDAKTION Roter Morgen, 4600 Dortmund 30, Wellingerhofstr. 103, Tel.: 0231/43 36 91 und 43 36 92

Tel.: 040/430 07 09, geöffnet: Mo-Fr 15-18.30, Sa 9-13 Uhr.

3000 HANNOVER, Parteibüro der KPD/ML, Elisenstr. 20, Tel.: 0511/44 51 62, geöffnet: Sa 10-14 Uhr.

7100 HEILBRONN, Kontaktmöglichkeit zur Partei: Ernst-Thälmann-Keller, Holzstr. 12, geöffnet: Di 17-19 Uhr.

2300 KIEL 1, Buchhandlung Karen Ziemke, Gutenbergstr. 46, Tel.: 0431/56 77 02, geöffnet: Mo, Di und Fr 9-13 und 15-18, Mi 9-13, Do 9-13 und 15-18.30, Sa 10-13 Uhr.

6700 LUDWIGSHAFEN (Friesenheim), Buchhandlung „Neue Zeit“, Ruthenstr. 1, Tel.: 0621/69 71 09, geöffnet: Mo-Fr 15.30-18.30, Sa 9.30-13 Uhr.

8000 MÜNCHEN 5, Buchhandlung „Roter Morgen“, Frauenhoferstr. 13, Tel.: 089/260 75 54, geöffnet: Mo-Fr 15-18.30, Sa 9-13 Uhr.

8500 NÜRNBERG, Parteibüro der KPD/ML, Humboldtstr. 103, Tel.: 0911/43 80 43, geöffnet: Mi-Fr 16-18, Sa 11-13 Uhr.

7000 STUTTGART 1, Parteibüro der KPD/ML, Haußmannstr. 107, Tel.: 0711/43 23 88, geöffnet: Mo-Fr 16.30-18.30, Sa 9-13 Uhr.

SEKTION WESTBERLIN, 1000 Berlin 65 (Wedding), Buchladen „Roter Morgen“, Sprengelstr. 40, Tel.: 030/465 39 66, geöffnet: Mo-Fr 15-18, Sa 10-13 Uhr.